

# Flugschriften der badischen Revolution von 1848/49.

Ihre Funktion in der Revolutionsöffentlichkeit und ihre inhaltlich-thematischen Bezüge, dargestellt an der Sammlung Cajetan Jägers<sup>1</sup>  
(Teil II)

Von  
CHRISTOPH MANASSE

## 4. Thematische und inhaltliche Schwerpunkte der Flugschriften

### 4.1. Soziale und gesellschaftliche Fragen

Während der Revolution von 1848/49 wurde die so genannte soziale Frage heftig diskutiert. Ein Grund für diese Diskussion war, dass große Teile der Bevölkerung aufgrund wirtschaftlicher Krisen und steuerlicher Lasten verarmt waren, was die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößerte. Nicht nur der vierte Stand, sondern auch weite Teile der übrigen Bevölkerung waren wegen unerfüllter Versprechungen, stecken gebliebener Reformen und der zögernden Beseitigung feudaler Relikte unzufrieden. Diese Situation führte zu sozialen Spannungen zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden und gefährdete die Stabilität der deutschen Gesellschaft.<sup>2</sup> Das sozialrevolutionäre Potential bildete deshalb ein tragendes Element der 1848/49er-Revolution, das von den Protagonisten der Revolution durch gezielte Agitationen nutzbar gemacht wurde.

#### 4.1.1. Die ideologische Spaltung des liberalen und radikalen Lagers in der sozialen Frage

In der letzten Phase des Vormärzes spaltete sich die politische Opposition Badens wegen der wirtschaftlichen Krise und der ersten Anzeichen einer Sozialbewegung des vierten Standes in ein liberales und ein radikales Lager. Das liberale Bürgertum, welches bis zu jenem Zeitpunkt politisch tonangebend gewesen war, wurde durch die als drohend empfundene soziale Frage in die Defensive gedrängt.

Die Radikalen der badischen Opposition hingegen betrachteten gesellschaftliche Reformvorstellungen als ein wichtiges Element ihres politischen Denkens und unterschieden sich von den gemäßigten Liberalen nicht nur durch ihre Bereitschaft zu politisch radikalen Maßnahmen, sondern auch durch ihre sozialradikalen Zielsetzungen.<sup>3</sup> Sie waren eine konsequente Weiterentwicklung des badischen Radikalismus und brachten dessen politisches Ziel und dessen gesellschaftlichen Inhalt auf einen gemeinsamen Nenner.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Gekürzte Fassung der im Fach Allgemeine Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel im August 2000 eingereichten Lizentiatsarbeit. Der erste Teil der Arbeit erschien im *Schau-ins-Land* 123, 2004, S. 59-88.

<sup>2</sup> ANNE-KATRIN HENKEL: *Zeit für neue Ideen. Flugschriften, Flugblätter, Bilder und Karikaturen – Propaganda im Spiegel der Revolution von 1848/49.* Katalog zur Ausstellung der Staatsbibliothek zu Berlin-Preußischer Kulturbesitz und der Niedersächsischen Landesbibliothek Hannover. Berlin 1998, S. 130 ff.

<sup>3</sup> Struve nannte sich beispielsweise selbst „sozialradikal“ und Hecker bezeichnete sich am 5. März 1848 öffentlich als einen „Social-Demokraten“.

<sup>4</sup> NORBERT DEUCHERT: *Vom Hambacher Fest zur badischen Revolution. Politische Presse und Anfänge deutscher Demokratie 1832-1848/49.* Stuttgart 1983, S. 221 ff.

Ausgangspunkt der radikalen Kritik war die Ungleichheit der Verteilung des geistigen und materiellen Besitztums in der Gesellschaft. Das Recht der freien Konkurrenz als liberales Grundkonzept gegen alle sozialen und gesellschaftlichen Missstände, so kritisierten die Radikalen, sei zum *schwersten Unrecht* umgeschlagen, weil es *die Millionen, im Gegensatz zu den wenigen Begünstigten, an Händen und Füßen gebunden habe*.<sup>5</sup> Gleichzeitig wandten sich die Radikalen vom kommunistischen Gedankengut ab, wie es von den *communistischen Doktrinären Marx, Engels und Hess* vertreten wurde, und verteidigten gegenüber dem frühen Sozialismus individuelle Freiheit und Selbstentfaltung, welche die Grundwerte des Liberalismus bildeten.<sup>6</sup> Dabei durften Freiheit und Selbstentfaltung kein Privileg des Bürgertums sein, sondern mussten auch für die Unterschichten gelten und praktisch erreichbar sein. Die Radikalen vertraten gemäß Gottlieb Christian Abt<sup>7</sup> nicht Privilegien, sondern allgemeine menschliche Interessen, nicht Vorteile einzelner Klassen, sondern das Wohl des Ganzen. Die Vorstellung eines mit der Wahrnehmung der wirklichen Volksinteressen begründeten Rechtes auf Herrschaft kollidierte mit dem liberalen Führungsanspruch und den Klasseninteressen des Bürgertums, weil sie eine tief greifende Umwandlung der Gesellschafts- und Besitzordnung zugunsten der weniger Besitzenden und Besitzlosen bedingte. Die Forderung nach Einführung einer sozialen Republik und ihre Resonanz bei den Angesprochenen wurde vom Bürgertum als Bedrohung des Besitzstandes angesehen und dementsprechend bekämpft.<sup>8</sup>

#### 4.1.2. Kritik an den herrschenden Zuständen und Forderungen nach steuerlicher Verbesserung

Die soziale Frage und die negativen Auswirkungen des Pauperismus waren auch ein Thema in den radikalen Flugschriften der 48/49er-Revolution. Beispielsweise wurde der Gegensatz von Arm und Reich beschrieben, und die politische und gesellschaftliche Struktur für die wirtschaftliche Lage verantwortlich gemacht:

*Wie ein Wüsthier stürzt sich der hohläugige knochige Gesell, der Hunger, über die deutschen Länder und ergreift seine Beute. Greift er die fetten, nein, dieses Raubthier hat ein anderes Gelüste, als die übrigen; es sucht nur magere Beute. – Wen frisst es nicht? Diejenigen, die es gesandt haben. Wer sind die, welche den Hunger senden, selbst aber ihn nicht kennen? Es sind diejenigen, die zuviel Gewalt haben! thun können, was sie wollen, oder zuviel Gold haben! kaufen können, was sie wollen, vor allem aber diejenigen, die beides zugleich haben. Diese schaffen den Hunger, sie selbst aber hungern nicht. Sie gebrauchen den Hunger als Jagdhund, um das Volk wie ein Wild vor die Flinten ihrer Henker zu treiben und es zu ihrem Vergnügen erlegen zu lassen.*<sup>9</sup>

Im zitierten Flugblatt wird die Obrigkeit für die soziale Lage eines großen Teils der Bevölkerung verantwortlich gemacht. Es beschreibt deren mangelnde soziale Verantwortung mit starken, symbolhaltigen Bildern. Die Kritik am Adel bezog sich im Besonderen auf dessen Steuerpolitik und dessen Pfründe, z. B. Jagdrecht oder Ämterkauf, welche er auf Kosten der abhängigen Unterschichten sowie des Bürgertums bewahren konnte:

*Ihr [die Fürsten] sollt nicht stehlen – nicht durch übertriebene Steuern und Verschwendung besonders an Pensionen und Militärgehälte unser Geld an euch bringen, sondern unser Handel und Gewerbe befördern, uns zu Nahrung und Wohlstand verhelfen.*<sup>10</sup>

<sup>5</sup> WILHELM SCHULZ: Communismus. In: Staats-Lexicon oder Enzyklopädie der Staatswissenschaften. Bd. 3. Hg. von CARL VON ROTTECK und CARL THEODOR WELCKER. Altona 1846, S. 292 f.

<sup>6</sup> SCHULZ (wie Anm. 5), S. 339.

<sup>7</sup> Gottlieb Christian Abt gehörte zu den maßgebenden Theoretikern der frühen Demokratie und stand den Mannheimer Radikalen um Johann Peter Grohe, dem Herausgeber der „Mannheimer Abendzeitung“, nahe. Abt verfasste zudem mehrere Beiträge für das Staatslexikon von Rotteck und Welcker, DEUCHERT (wie Anm. 4), S. 224.

<sup>8</sup> DEUCHERT (wie Anm. 4), S. 224.

<sup>9</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 1.

<sup>10</sup> Ebd., Blatt 23a.

*Wir haben uns die ärgerliche Mühe genommen, nach einem genealogischen Kalender die Zahl der fürstlichen Müßiggänger beiderlei Geschlechtes aufzuzeichnen, welche das deutsche Volk füttert und anbetet, um sich von ihnen mit hohen, höchsten und allerhöchsten Fußstritten begnadigen zu lassen ...*

*Betrachtet man die Millionen, die allein in Berlin, Wien, München, Hannover u. s. w. so ungeniert verschleudert werden, wie unser einer etwa das Geld für eine Cigarre oder ein Glas Bier ausgibt, so wird man nicht übertreiben, wenn man auf jeden der genannten 34 „Staaten“ durchschnittlich mindestens 2 Millionen annimmt, so daß sich also für die nationale Fürstenfütterung und Anbetung eine jährliche Summe von 70 Millionen Thaler ergäbe.<sup>11</sup>*

Auch in diesen beiden Textausschnitten zeigt sich der Gegensatz zwischen den reichen Ständeherrn, die sich auf Kosten der Bevölkerung bereicherten, und dem ausgesogenen Volk, welches unter der Steuerlast des Fürstenstaates zu leiden hatte. Eine Forderung der Revolution war es deshalb, die Abgabenlasten abzuschaffen und durch eine gerechte Besteuerung nach dem Einkommen zu ersetzen, um eine freie und sozial gerechte Gesellschaft zu bilden.<sup>12</sup>

Bezüglich der steuerlichen Belastung tauchte immer wieder das Argument auf, dass 34 Fürsten zuviel seien, und eine Republik billiger komme. So stellte das Flugblatt **34 Fürsten oder eine Republik** die rhetorische Frage: *Können wir frei werden und einig und regiert unter 34 Fürsten?* Die Antwort auf die Frage lautete nach längerer Argumentation und Darlegung der Gründe: *Fort mit den Fürsten und ihrem Anhang; wir wollen uns selbst regieren, einig und wohlfeil. Es lebe die Republik!* (Abb. 1).<sup>13</sup> Die Einführung der Republik wurde also als Lösung der sozialen Frage betrachtet. Zudem glaubte man, mit dieser republikanischen Regierungsform die staatlichen Ausgaben verringern zu können.

Bei der Ausrufung der Republik im September 1848 versuchte Struve, die steuerliche Belastung für den Einzelnen zu senken. Unter dem Titel *Deutsche Republik! Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle!* gab er in einem Flugblatt die Maßnahmen bekannt, welche die *provisorische Regierung Deutschlands* getroffen hatte:

*Sämtliche auf dem Grund und Boden haftende mittelalterliche Lasten, so wie sämtliche mittelalterliche persönliche Dienste, Zehnten, Gülten, Frohnten, und welchen Namen sie sonst tragen, sind ohne alle Entschädigung sofort abgeschafft. Alle Ablösungsschuldigkeiten für solche Lasten werden ebenfalls abgeschafft.<sup>14</sup>*

Neben seiner informativen Funktion hatte das Flugblatt starken programmatischen Charakter, der sich bereits im Titel äußerte, indem *Deutsche Republik* mit den Worten *Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle* gleichgesetzt wurde. Zugleich propagierte dieses Flugblatt der provisorischen Regierung eine Republik für ganz Deutschland. Dadurch wurde die Verfügung, dass alle überkommenen Lasten zu beseitigen seien, zur Propaganda, welche dem Leser die Vorteile der Republik schmackhaft machen sollte.

#### 4.1.3. Forderungen nach wirtschaftsfördernden und gesellschaftsstrukturellen Maßnahmen

Die Strukturkrise, welche durch den Übergang zur kapitalistischen Markt- und Industriegesellschaft ausgelöst wurde, musste durch grundlegende Reformen und eine Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft aufgehoben werden. Dafür wurden gesetzliche Maßnahmen gefordert, die regulierend auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur einwirken sollten, wie etwa *der Schutz der Gewerbtätigkeit durch eine Gewerbeordnung, welche den ehrlichen und fleißigen Arbeitsmann gegen die Wucht des Capitals wie gegen maßlose Concurrenz deckt, und ihm seinen Lebensunterhalt sichert, oder aber die Möglichkeit der Auswanderung auf Staats-*

<sup>11</sup> Ebd., Blatt 22.

<sup>12</sup> Ebd., Blatt 27.

<sup>13</sup> Ebd., Blatt 19.

<sup>14</sup> Ebd., Blatt 142.

# 34 Fürsten oder eine Republik?

Die Frage ist sehr einfach : Können wir frei werden und einig und wohlfeil regiert unter 34 Fürsten?

Die Civilisten der Fürsten, die Apanagen der Prinzen und Prinzessinnen, die ungeheure Militärlast, das Heer von Beamten, die Massen von Pensionärs, die theuern Minister, die theuern und nutzlosen Gesandten, die Menge von öffentlichen und geheimen Polizeidienern, die Spione, die Nothwendigkeit der Versorgung von Herrenhuren, die Menge von Wächtern über das indirekte Abgabensystem, alles dieses hängt an der Erhaltung der monarchischen Regierungsform. Mehrere hundert Millionen Gulden werden hiedurch jährlich verschlungen. Die Last der Abgaben erdrückt das Volk; ein gedrücktes Volk aber ist nie frei! Und wenn seine Führer glauben, das Volk sei zufrieden mit den schönen Reden, welche sie seit Jahren gehalten; wenn sie glauben es lasse sich heute, da man alles erlangen kann, noch länger vertrösten und hinhalten, so wird es sich bald zeigen, daß sie sich irren, und daß das Volk sich von den bisherigen Führern trennt und auf eigene Faust handelt! Schon hat dies begonnen, und es wird sich weiter verbreiten und allgemein werden. Das Volk wird also auf diese Weise die Einigkeit erlangen. — Ob die Führer heute das Räthsel lösen, wie das Volk mit seinen Fürsten wohlfeil regiert werden könne, wollen wir sehen; wir wissen aber zum Voraus, daß dies unmöglich ist. Wir werden unter der bisherigen Fürstenherrschaft also weder frei, noch einig, noch wohlfeil regiert sein, und alle Wünsche des Volkes zerfallen somit in Nichts. Darum Volk mahne deine Führer ernsthaft: Muth und Entschlossenheit zu zeigen oder handle selbst.

Wenn die Führer den Muth nicht haben so rufe du aus :

**Fort mit den Fürsten und ihrem Anhang; wir wollen uns selbst regieren, einig, frei und wohlfeil.**

## Es lebe die Republik!

Offenburg, 19 März 1848.

Abb. 1 Flugblatt *34 Fürsten oder eine Republik?* aus dem Umfeld der großen Offenburger Volksversammlung vom 19. März 1848. Auf der Versammlung war durch den Konstanzer Redakteur Joseph Fickler, aus dessen Umfeld wohl die Flugschrift stammt, die Republik gefordert worden (StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 19).

und Gemeindekosten, für alle diejenigen, welche ihren Unterhalt in der Heimath nicht mehr zu erringen vermögen.<sup>15</sup> Mit solchen Maßnahmen sollten die wirtschaftliche Situation der Arbeiter und der Gewerbetreibenden verbessert und die sozialen Spannungen in der Gesellschaft abgebaut werden.

Neben gesetzlichen und wirtschaftsstrukturellen Forderungen an die Behörden gab es auch Bestrebungen, die ökonomische Lage durch private Initiative zu verbessern. Beispielsweise wurden in verschiedenen Städten Leihkassen gegründet, die dem Gewerbe zinsgünstige Kredite vermitteln sollten. In Freiburg gab es entsprechend einen Aufruf zur Gründung eines Leihkassenvereins, welcher zinsgünstige Kredite und Darlehen für die in Not geratenen Angehörigen des Mittelstandes und des Gewerbes gewähren sollte.

*Trotzdem sehen sie hier manchen braven, fleißigen Mann sehr oft unverschuldet in die traurigste Lage versetzt, und nicht wissend, auf welche Art er sich auch nur eine kleine Summe Geld, mit der er sich zu helfen im Stande wäre, verschaffen soll.*

*Was er in solchen Stunden oft aus Mißmuth thut, besonders noch, wenn er in seinem Geschäft gehemmt ist, wie häufig er in die Krallen herzloser Wucherer fällt, das, meine werthen Mitbürger, wissen Sie alle zur Genüge.*

*Aber weil wir, die etwas für das Allgemeine thun können, das wissen, so ist es auch unsere Pflicht nicht nur darüber nachzudenken und den Übelstand zu bemitleiden, sondern auch handelnd einzuschreiten.*

*Weit entfernt die Bemühungen, die man gegenwärtig vielseitig zur Einwirkung einer bessern socialen Stellung der in der Regel ledigen Arbeits-Gehülfen macht, glaube ich, daß Hülfe für den Gewerbestand, worunter Sie gar manchen braven Familien-Vater sehen, der die Tage, in denen er als Arbeiter in der Fremde war, als die glücklichsten seines Lebens preist, und heute mit Kummer und Sorgen aller Art beladen, mit wahrer Wehmuth an dieselbe zurück denkt, nicht minder nothwendig ist.<sup>16</sup>*

Die Leihkassen sollten das Gewerbe mit zinsgünstigen Krediten und Darlehen unterstützen, um dem Wucher entgegenzuwirken.<sup>17</sup> Das Gewerbe sollte damit von der Abhängigkeit hoher Zinsen befreit und auf eine finanziell gesündere Grundlage gestellt werden.

#### 4.1.4. Das Gespenst des Kommunismus – die Angst der Liberalen vor sozialen Unruhen

Während der beiden Revolutionsjahre wurde immer wieder das Gespenst der Gefahr eines sozialen Aufstandes an die Wand gemalt. Besonders das liberale Bürgertum befürchtete Anarchie und den Verlust seines Besitzes. So war es nicht verwunderlich, dass in Flugschriften immer wieder vor der *rothen Gefahr* und der daraus resultierenden Anarchie gewarnt wurde. Beispielsweise hieß es im *unlackirten Gedicht in Knittelversen über die rothen Republikaner*:

*Im Reich der tollen Radikalen,/ Der Schuldner wird vom Joch befreit,/ Die Schuld vom Gläubiger zu zahlen./ Bei Vielen hat das gut Gewissen/ Schon ohnedies Bankrott gemacht/ Und den Contract mit Gott zerrissen./ Nun ist's gar leicht, bei Tag und Nacht,/ Den deutschen Michel zu bethören;/ Es heißt, man sey in vollem Recht,/ Sich gegen Ob're zu empören./ Drum schreit die Rotte: „Republik!“ -/ Und kost' es Frau und Kind und Leben,/ Es kommt dafür ja gold'nes Glück./ Doch nicht so leicht geht dieser Kampf/ Wie jüngst im Land der Franzosen,/ Woher giebt's großen Pulverdampf,/ Man räuchert erst die rothen Hosen./ Dann kommt der größte Patriot;/ „Macht auf die Augen, spitzt die Ohren!“/ Es ist der Knochmann, der Tod.<sup>18</sup>*

Dieses Gedicht, das mit den gängigen Klischees argumentierte, kritisierte die Republikaner als gottlos. Sie brächten Deutschland Tod und Verderben, um das Ziel einer republikanischen Staatsform zu erreichen.

<sup>15</sup> Ebd., Blatt 27.

<sup>16</sup> Ebd., Blatt 13.

<sup>17</sup> Eine Forderung lautete deshalb auch: *Versetzung aller gemeinschädlichen Subjecte, insbesondere der Schacherer und Wucherer in irgend ein Land jenseits des Oceans*, ebd., Blatt 27.

<sup>18</sup> Ebd., Teil 2, Sammelmappe.

Zwei andere Flugblätter – das eine von einem Vaterländischen Verein herausgegeben, das andere ein Vortrag über die soziale Republik – beschrieben die Gefahren von Kommunismus und Sozialismus, welche von Frankreich aus hereingebrochen waren:

*Von Frankreich kam unter dem Namen der Republik der Socialismus und der Kommunismus in die deutschen Gauen; und wie vormals Fürsten und Große den Fremdling aufnahmen, so verkauften sich jetzt Männer aus dem Volk den fremdländischen Gedanken, den fremden Zwecken ...*

*In die Nation selbst warf man den Zwiespalt; man trennte sie in zwei feindliche Lager, setzte dem Besitzenden den Besitzlosen entgegen, dem Gebildeten den Ungebildeten, dem Kopf die Faust. Dem Einbruch jedes Feindes sollte das Land offen stehen und im Innern die Gewaltthat herrschen; nur der sollte zum Volk gehören, der am kräftigsten die Faust schwang, und bereit war, den anderen Theil der Nation zu unterdrücken.*

*Und in welchem Namen wurden diese Verbrechen begangen? Im heiligen Namen der Freiheit, im Namen der Republik.<sup>19</sup>*

*Das sind also die Lehren der Socialisten und Communisten, und wenn sie auch darin sich nicht vereinigen, ob sanfte oder scharfe Mittel angewendet werden sollen, so streben sie doch alle nach demselben Ziele, nämlich nach der Abschaffung und Vernichtung des individuellen, häuslichen und erblichen Eigentums, der gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen, die das individuelle, häusliche und erbliche Eigentum zur Grundlage haben. Das ist der Anfang und das Ende, das Alpha und das Omega aller Gedanken, dies ist das Ziel, das man verfolgt und das man zu erreichen hofft ...*

*Die sociale Republik ist zu gleicher Zeit verabscheuungswürdig und unmöglich; sie ist das unsinnigste und fluchwürdigste aller Hirngespinnste. Sollte sie jemals irgendwo ins Leben treten, so würde die menschliche Gesellschaft einerseits der Erde gleichen, die von dem Urquell ihres Lebens, der Sonne losgerissen, durch den öden Weltraum dahin taumelt, um in Trümmern zu gehen, andererseits der unendlichen, traurigen, grausigen Wüste, in die das Auge des Wanderers schreckensvoll hineinstarrt, und wo nur Raubtiere hausen können. Eine solche Gleichheit wäre der Tod.<sup>20</sup>*

Die zitierten Textausschnitte zeigen, dass Republik, Anarchie und Sozialismus/ Kommunismus gleichgesetzt wurden. Die Republik führt nach Auffassung der Flugblattschreiber zu Anarchie, Sozialismus oder Kommunismus, was den Besitztum des Einzelnen gefährdet und die menschliche Gesellschaft ins Verderben stürzen muss. Die Begriffe Sozialismus und Kommunismus wurden ideologisch unkritisch verwendet. Die Verfasser der Flugschriften verstanden sie nur insofern, als dass es dabei um eine andere Verteilung des Eigentums ging. Ein weiteres Indiz für dieses ungenügende Verständnis war die mangelnde Differenzierung zwischen Sozialismus und Kommunismus. Die Begriffe Anarchie, Sozialismus und Kommunismus dienten demzufolge der antirepublikanischen Propaganda und fungierten als Schlagwörter, denen antithetisch die Begriffe von Ruhe, Ordnung und Freiheit gegenübergestellt wurden:

*Wir rufen daher unsere Mitbürger in Land und Stadt auf, überall da, wo noch keine vaterländischen Vereine gebildet sind, solche zu bilden. Der Wahlspruch derselben sey überall: Freiheit, gegründet auf der Achtung vor dem Gesetze und auf die Aufrechthaltung der Ordnung ... Das ist der Weg, den der echte Bürger, der wahrhaft freie Mann, dem Vaterland und Volkswohl kein leerer Schall ist, gehen muss; er allein führt aus dem Sturme in sicheren Hafen.<sup>21</sup>*

Der schlagwortartige und nicht differenzierte Gebrauch dieser Begriffe spiegelt jedoch auch die Taktik der Verfasser wider, die Inhalte derart zu vereinfachen, dass sie eine möglichst große Anzahl von Lesern erreichen konnten. Mit populärem Stil und der Verwendung von Schlagwörtern, Metaphern, Analogien, Ironie, Satire und religiösen Formen sollten die Möglichkeiten zur Einflussnahme der Flugschriften vergrößert und die ideologische Wirkung auf den Leser optimal genutzt werden.<sup>22</sup>

<sup>19</sup> Ebd., Teil 1, Blatt 182.

<sup>20</sup> Ebd., Blatt 194.

<sup>21</sup> Ebd., Blatt 166.

<sup>22</sup> Tauschwitz beobachtete dies bei politischen Zeitungstexten. Meiner Meinung nach gilt dies ebenso für Flugschriften, die eine ähnliche propagandistische Wirkung entfalten mussten. Vgl. HANNO TAUSCHWITZ: Presse und

In diesem Zusammenhang ist der Artikel *Communismus* des republikanisch gesinnten Wilhelm Schulz von Interesse, der im Staatslexikon von Rotteck und Welcker erschien, und in welchem sich Schulz auf kritische Weise über den Kommunismus und den Sozialismus äußerte.<sup>23</sup> Er beschrieb den Kommunismus als Lehre, die von vielen als Gefahr angesehen werde, weil sie das Privateigentum aufheben würde. Der Grund für seine Entstehung, so schrieb er, sei die wachsende Ungleichheit in der Verteilung des geistigen und materiellen Besitztums.<sup>24</sup> Die freie Konkurrenz, die als *Heilmittel gegen alle früheren Missstände pomphaft verkündet* wurde, sah Schulz als bloße Makulatur, weil sie wegen der materiellen und geistigen Ungleichheit in der Verteilung des Besitztums in Wirklichkeit nicht durchsetzbar sei.<sup>25</sup> Dadurch *fühlen sich die Millionen, im Gegensatz zu den wenigen Begünstigten, an Händen und Füßen gebunden. Sie fühlen den Hohn, der selbst in der Anerkennung jener wertlosen Freiheit, jener scheinbaren Gleichheit liegt, auf welche sie die Vornehmen und Reichen mit ihrem noch ungebrochenen Egoismus der Interessen spottend hinweisen.*<sup>26</sup> Schulz warnte jedoch davor, jedes soziale Aufbegehren als kommunistische Agitation verstehen zu wollen. Volkserhebungen seien oftmals *nur thatsächliche Protestaktionen proletarischer Massen gegen die ungleiche Vertheilung des Einkommens, ohne daß sich das Volk bis in die fixe Idee einer Aufhebung des persönlichen Eigentums, auch nur an unbeweglichen Gütern, verrannt hätte ... Die Zahl der eigentlichen Communisten hat schon seit geraumer Zeit abgenommen, obgleich jetzt mehr als zuvor von Communismus die Rede ist.*<sup>27</sup> Im Großen und Ganzen stand Schulz dem Kommunismus kritisch gegenüber, wenngleich er andernorts auch den vollständigen Individualismus beanstandete. Im Hinblick auf die Verwendung des Kommunismusbegriffs in den Flugschriften ist der Artikel von Schulz insofern interessant, als er den Diskurs dieses Begriffes in seiner Zeit widerspiegelte und eine differenzierte, zugleich aber auch ideologisch gefärbte Sichtweise lieferte. Dabei wird deutlich, dass der Kommunismusbegriff in den Flugschriften schlagwortartig und propagandistisch eingesetzt wurde. Es wurde auf die geläufigen Klischees dieses Begriffes zurückgegriffen. Gleichzeitig zeichnete der Artikel aber auch die Abgrenzungsversuche republikanisch gesinnter Personen zum Kommunismus auf.

#### 4.1.5. Das unterschiedliche Klassenbewusstsein der Liberalen und der Radikalen

Über das Verhältnis der verschiedenen Klassen zueinander herrschte zwischen Liberalen und Radikalen eine unterschiedliche Auffassung. Die Radikalen und ihnen zugewandte Volksvereine propagierten mehrheitlich die Idee einer sozialen Republik und wollten die Klassen-schranken niederreißen, damit die Mitsprache im Staat nicht mehr nur das Privileg der Besitzenden sei.<sup>28</sup> Diese Bestrebungen zeigen sich im Offenburger Programm von 1849, welches

---

Revolution 1848/49 in Baden. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der periodischen Literatur und zu ihrem Einfluss auf die Geschichte der badischen Revolution 1848/49. Heidelberg 1981, S. 357.

<sup>23</sup> Wilhelm Schulz begann seine Laufbahn als Kadett im Darmstädter Leibregiment, wurde aber wegen seiner 1819 anonym erschienenen Schrift *Frag- und Antwortbüchlein über Allerlei, was im deutschen Vaterland besonders Noth tut. Für den Bürgers- und Bauersmann* aus dem Militärdienst entlassen. Wegen weiterer Schriften (Deutschlands Einigung durch National-Repräsentation, erschienen 1832 und Testament des deutschen Volksboten, erschienen 1833) wurde er von einem hessischen Kriegsgericht zu drei Jahren Festungshaft verurteilt, aus welcher er 1834 fliehen konnte. Ein Jahr später konnte er sich in Zürich als Privatdozent habilitieren und versuchte mit Publikationen von dort aus Einfluss auf die politischen Verhältnisse Deutschlands zu gewinnen. Nachdem er den Sonderbundskrieg mitgemacht hatte, kehrte er 1848 nach Darmstadt zurück und wurde ins Frankfurter Parlament gewählt, HANS ZEHNTNER: Das Staatslexikon von Rotteck und Welcker. Eine Studie zur Geschichte des deutschen Frühliberalismus. Jena 1929, S. 40.

<sup>24</sup> SCHULZ (wie Anm. 5), S. 292.

<sup>25</sup> Ebd., S. 292.

<sup>26</sup> Ebd., S. 293.

<sup>27</sup> Ebd., S. 294.

<sup>28</sup> Auch in den Volksvereinen wurde teilweise ein deutlicher Riss zwischen den einzelnen Klassen sichtbar, wenngleich dieser Vorgang deutlicher im Norden als im Süden zu beobachten war. So zogen sich beispielsweise die

die Gedanken eines freien Volksstaates enthält und die Prinzipien einer demokratischen und sozialen Republik entfaltet.<sup>29</sup> So hieß es im Offenburger Programm unter Punkt drei:

*Es muss alsbald unter sofortiger Auflösung der jetzigen Ständekammern eine verfassungsgebende Landesversammlung berufen werden, welche in sich die gesamte Rechts- und Machtvollkommenheit des badischen Volkes vereinigt; - diese Landesversammlung soll gewählt werden von und aus den sämtlichen volljährigen Staatsbürgern des Landes und zwar unter Beibehaltung der für die bisherige zweite Kammer bestandenen Wahlbezirke.<sup>30</sup>*

Neben dem Wahlrecht für alle fordert das Offenburger Programm die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer, die Schaffung einer Pensionskasse, die Gründung von Gewerkekammern zur Unterstützung des kleinen und mittleren Gewerbes und die Errichtung einer Nationalbank. Damit sollen ein sozialer Ausgleich zwischen den verschiedenen Klassen angestrebt und die Unterschiede der einzelnen Klassen in Bezug auf die politische Mitsprache und Gestaltung im Staat aufgehoben werden.

Das soziale Programm der badischen Demokraten und die Idee eines Solidarstaates wurden von der Gegenpropaganda als kommunistisch oder sozialistisch beschrieben und stießen im Besitz- und Bildungsbürgertum auf starke, ideologisch begründete Ablehnung.<sup>31</sup> Dabei wurde besonders die Aufhebung der natürlichen Klassengrenzen als Skandal empfunden. So warnte Unterstaatssekretär Friedrich Bassermann in einer Rede, die auch mit einem Flugblatt Verbreitung fand, vor der Einführung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts, wie es die Demokraten in Baden forderten.<sup>32</sup> Bassermann beschrieb als Vertreter des liberalen Bürgertums – er entstammte einer reichen liberalen Kaufmannsfamilie in Mannheim<sup>33</sup> – in dieser Rede die Gefahr, die von einem allgemeinen Stimmrecht ausgehen würde und verwies auf die Republik Frankreich, wo Arbeiter während des so genannten Juni-Aufstandes nach der Schließung der unrentablen Nationalwerkstätten revoltierten. Rhetorisch geschickt verwies er auf das Gegenbeispiel Belgien, um seine Aussagen zu unterstreichen:

*In Belgien gilt ein Census, und die Arbeiter haben kein Stimmrecht, und trotz dieser Beschränkung, trotz dem, daß in diesem Lande viele Hundert-Tausende von Arbeitern leben, dieses Land hart an Frankreich grenzt, ist es bei dem Losbruch der französischen Arbeiter im Februar vollkommen ruhig geblieben, und es ist der Stolz der Belgier, daß sie ruhig bleiben konnten, während dort, wo man Ihr Beruhigungsmittel [gemeint ist das allgemeine Wahlrecht] angewendet, die größte Umwälzung hervorgebracht worden [sic!].<sup>34</sup>*

Im Vergleich zwischen der Situation in Frankreich und der in Belgien kam Bassermann zu folgendem Schluss:

*Meine Herren! Wenn sie das Wahlrecht an irgend einen Besitz, und sei er ein kleiner nur, binden, dann erst werden Sie am besten beruhigend auf die Arbeiterklassen wirken, indem diese dann, wenn sie wirklich einen Werth auf ein politisches Recht legen, durch Fleiß und Thätigkeit einen Besitz zu erlangen su-*

---

„besseren Bürger“ aus den Volksvereinen zurück, wenn ein Handwerker im Vorstand zu Einfluss kam, oder es wurden Beitragssätze festgesetzt, die von einem beitrtrittswilligen Arbeiter kaum aufzubringen waren, DEUCHERT (wie Anm. 4), S. 297.

<sup>29</sup> Ebd., S. 294 ff.

<sup>30</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 235.

<sup>31</sup> Vergleiche die Flugschriften der Vaterländischen Vereine, ebd., Blatt 166, 182 und 195. Die Vorwürfe waren insofern unbegründet, als dass sich die Radikalen von der Idee des Kommunismus und vom Sozialismus distanziert hatten. Vgl. dazu die Aussagen von Wilhelm Schulz oder Gottlieb Christian Abt, GOTTLIEB CHRISTIAN ABT: Eudämonismus. In: Staats-Lexicon oder Enzyklopädie der Staatswissenschaften. Bd. 3. Hg. von CARL VON ROTTECK und CARL THEODOR WELCKER. Altona 1846, S. 525. Bereits im Vormärz hatten sie sich von jeglichen kollektivistischen Vorstellungen abgegrenzt und bekannten sich seither prinzipiell für die Erhaltung des Privateigentums, DEUCHERT (wie Anm. 4), S. 296.

<sup>32</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blätter 180 f.

<sup>33</sup> Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Ein Handlexikon der Abgeordneten der deutschen verfassungsgebenden Reichs-Versammlung. Hg. von RAINER KOCH. Frankfurt a. M. 1989, S. 75.

<sup>34</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blätter 180 f.



chen werden, der sie zur Ausübung des Stimmrechts befähigt. Und in einem solchen Zustand allgemeinen friedlichen und fleißigen Strebens wird Handel, Industrie, die Volksarbeit in einer Weise aufblühen, daß alle Hände zu thun erhalten und die sogenannte sociale Frage auf praktische Weise weit besser gelöst wird, als durch irgend eine Ihrer Theorien.<sup>35</sup>

Auch das folgende Textzitat aus einem Flugblatt an die Arbeiter, in welchem der Führungsanspruch des Bürgertums begründet und bekräftigt wurde, war symptomatisch für das Verhältnis des Bürgertums zu den unteren Klassen:

*Ihr werdet vielleicht fragen, wer seyd ihr und was berechtigt euch dazu, auf unsern Weg zu schauen und uns zu warnen oder zu leiten? Wir wollen euch sagen, wer wir sind und was uns berechtigt.*

*Wer hat die Städte gegründet, die Gewerbe eingerichtet, die Fabriken gebaut, den Handel gestiftet? Wer hat Kunst und Wissenschaft gepflegt, dem Gesetz, der Aufklärung, dem Gemeinsinn die Bahn gebrochen? Wer hat den Landmann in seinen Bereich gezogen, die Ertragsfähigkeit seines Besitzes vermehrt, den Werth seiner Produkte erhöht, den Boden beweglich, das Capital flüssig gemacht? – Wer hat für den Schutz der Arbeit gesorgt, den Arbeiter immer enger an sich gezogen, ihm seine Sorge in Schulen, Banken, Verpflegungsanstalten angedeihen lassen? Wer hat bewirkt, daß der Arbeiter jetzt besser lebt, sich besser kleidet, eine bessere Wohnung hat und einen leichteren Zugang zu Behaglichkeit findet? ...*

*Der Bürger ist es, der seit Jahrhunderten für euch gedacht, gesorgt und gearbeitet hat, und eben dieser Bürger spricht jetzt zu euch, durch seine Arbeit dazu berechtigt. Noch mehr, er fordert euch auf, sich ihm anzuschließen, Vertrauen zu ihm zu fassen und ihn in seinen Unternehmen zu unterstützen.<sup>36</sup>*

Das in den Vaterländischen Vereinen organisierte Bürgertum versuchte sich jedoch auch gegen die Vorwürfe der Volksvereine zu wehren, es verachte die Arbeiterschaft. In einem Flugblatt, welches vom Landesausschuss des Vaterländischen Landes-Vereins in Baden herausgegeben worden war, heißt es:

*Mitbürger! Die Anklage, daß wir Bürger des Landes den Arbeiter verachten und das Bemühen, unter Hinweisung auf diese erdichtete Verachtung in den Arbeitern den Hass gegen den Bürger groß zu ziehen, können der Parthei, von der es ausgeht und die sich Volkspartei nennt, wahrlich nicht zur Ehre gereichen. Wo ist der Arbeiter unter uns, unter dem Volk, unter seinen Mitbürgern verachtet [sic!]?*

*Blicket um im Lande bei dem Bauern, bei dem Handwerker, in den großen Werkstätten und in dem Bereiche des Handels; hat er nicht überall in unsrem Lande, so weit es die Geschäfte ermöglichen, seinen angemessenen Verdienst, und werden nicht überall, wo es Noth thut, die Hülfbedürftigen von den Begüterten unterstützt? ...*

*Über diese und andere redlichen Bestrebungen hier und im ganzen Lande sieht man weg und klagt diejenigen, von denen diese Bestrebungen zur Unterstützung der arbeitenden Klassen ausgehen, des Hasses gegen den Arbeiter, der gemeinen Gewinnsucht und der Volksfeindlichkeit an! Kann ein solches Verfahren einen edlen, ehrenhaften, zum Wohle des Volkes ausschlagenden Zweck haben? Nimmermehr!<sup>37</sup>*

## 4.2. Republik oder konstitutionelle Monarchie

Eine wichtige Debatte, die sich hauptsächlich zwischen Liberalen und Demokraten entfaltete, drehte sich um die Frage, ob eine Republik oder eine konstitutionelle Monarchie anzustreben sei.<sup>38</sup> Liberale und Demokraten hatten sich ansatzweise bereits im Verlaufe des Vormärzes als eigenständige politische Kräfte formiert, wobei an der Basis zu Beginn der Märzrevolution zu meist noch eine einheitliche liberal-demokratische Bewegung mit gemeinsamen Organisationen bestand. Dementsprechend vollzog sich der Prozess der politisch organisatorischen Spaltung in vielen Regionen nur langsam und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit.<sup>39</sup> Im ge-

<sup>35</sup> Ebd.

<sup>36</sup> Ebd., Blatt 209.

<sup>37</sup> Ebd., Blatt 175.

<sup>38</sup> Diese Diskussion galt sowohl für Baden als auch für das gesamtdeutsche Reich, wo sie mit der Frage des Staatsoberhauptes verknüpft wurde.

<sup>39</sup> MICHAEL WETTENGEL: Parteibildung in Deutschland. Das politische Vereinswesen in der Revolution von 1848. In: Europa 1848. Revolution und Reform. Hg. von DIETER LANGEWIESCHE, DIETER DOWE und HEINZ-GERHARD HAUPT. Bonn 1998, S. 703 ff.

samtdeutschen Vergleich kam es in Baden zwischen Demokraten und Liberalen besonders früh zur Spaltung, nämlich bereits 1846, als sich die Demokraten bei den dann stattfindenden Wahlen von den Liberalen trennten. Der Grund für diese Trennung war vordergründig die Einberufung des Liberalen Bekk in die Regierung, hintergründig spielten jedoch ideologische und politisch-inhaltliche Differenzen eine wichtige Rolle. So traten die Demokraten unter anderem für eine Republik ein, während die Liberalen eine konstitutionelle Monarchie favorisierten. Daneben gab es jedoch auch noch sozialpolitische Unstimmigkeiten.<sup>40</sup> Besonders offensichtlich wurden die ideologischen Differenzen beider Parteien mit der Bildung von demokratischen und konstitutionellen Vereinen im Jahr 1848. Bereits während der Offenburger Versammlung am 9. März 1848 proklamierten die badischen Radikalen die Gründung von politischen Vereinen, welche die Bewaffnung des Volkes, die politische und soziale Bildung und die Verwirklichung aller politischen Rechte durchsetzen sollten. Am 4. Mai 1848, nachdem der Hecker-Aufstand fehlgeschlagen war, wurden die politischen Vereine verboten. Die Behörden konnten das Verbot zunächst jedoch nicht vollständig durchsetzen.<sup>41</sup> Zu einer Verschärfung der Situation kam es erst, als die badische Regierung nach einer Reihe von Konsultationen mit ausländischen Regierungen über das Vorgehen gegen die demokratischen Vereine in ihrer Politik ermutigt wurde. Sie erließ am 22. Juli ein erneutes Verbot, das sie von nun an rigoros durchsetzte. Die demokratischen Vereine konnten danach nur noch versteckt agieren.<sup>42</sup>

Mit der Verabschiedung der Grundrechte am 27. Dezember durch die Nationalversammlung wurde auch die Vereinigungsfreiheit gewährleistet. Dies bedeutete, dass die badische Regierung das von ihr erlassene Vereinsverbot aufheben musste. In der Folge entstanden in ganz Deutschland demokratische Volksvereine, die ein Gegengewicht zur repräsentativen Demokratie der Frankfurter Nationalversammlung bildeten. Gleichzeitig wurden aber auch liberale Vereine, so genannte Vaterländische Vereine, gegründet, die von ihrer Tendenz her eher konstitutionell waren und von der Regierung wohlwollend betrachtet wurden.<sup>43</sup>

Zwischen Demokraten und Liberalen entbrannte in den Jahren 1848/49 eine Diskussion über die zukünftige Staatsform, die auch mittels Presse und Flugschriften geführt wurde.<sup>44</sup> In einer Flugschrift des *neuen vaterländischen Vereins* verglich der konstitutionell gesinnte Verfasser die Staatsform der Republik mit derjenigen der konstitutionellen Monarchie:

*Es kann in der Republik die Freiheit geknechtet und in einer Monarchie der sie drückende Alp gehoben seyn. Napoleon Bonaparte schlug als Consul an der Spitze einer Republik jeden Gedanken der Freiheit in Fesseln; und Joseph II, der unumschränkte Herrscher eines Kaiserstaates suchte jedem der Freiheit entsprungenen Gedanken Eingang zu verschaffen. Der gesunde Kern ist die Hauptsache, nicht die schützende Schale ... Die Natur selbst zeigt uns hier den Weg, den wir vorzuschlagen haben. Sie bildet immer zuerst den Kern und nach diesem die Schale. Ist der Kern gesund, kann selbst die schützende Schale verderben; bei gesundem Kern bildet sie meist wieder eine neue Schale, wengleich auch der gesundeste Kern nicht der schützendsten Schale entbehren kann. Herz und Hirn, diese ersten und bleibenden verkörperten Grundgedanken im Menschen, bilden sich ihre Hüllen erstmals, wie auch für alle künftigen Lebensperioden entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen. So müssen auch die Völker zuerst und vor Allem die Rechte und Freiheiten sich erwerben, welche ohne Rücksicht auf Form sie frei machen und frei erhalten. Nie dürfen sie um der Form willen das Wesen vergessen. Wo dieser naturgemäße Grundsatz nicht befolgt wird, folgt die Strafe auf dem Fuß; wo er treulich festgehalten wird, da ist Heil und Gedeihen. Ist einmal der Grundsatz, daß die wahre Freiheit in keinem wesentlichen Zusammenhang mit der Form steht, in der sie einhergeht, richtig erkannt, dann muss auch der sonst so heftig geführte Streit über den Werth der verschiedenen Staatsformen seinen Stachel verlieren, denn alle, die es ehrlich meinen mit*

<sup>40</sup> DEUCHERT (wie Anm. 4), S. 207 ff.

<sup>41</sup> Beispielsweise konnten die demokratischen Vereine im Freiburger Raum an die Öffentlichkeit treten, da die großherzoglichen Behörden angesichts der starken und ausgebreiteten Sympathien für die Republik machtlos waren.

<sup>42</sup> DEUCHERT (wie Anm. 4), S. 277 ff.

<sup>43</sup> Ebd., S. 282 ff.

<sup>44</sup> Vgl. TAUSCHWITZ (wie Anm. 22), S. 219 ff.

*des Volkes Wohl, verfolgen nur ein Hauptziel, die Freiheit, und nur um die Hülle streiten sie sich, in welche sie die Freiheit kleiden wollen.*<sup>45</sup>

Der Autor dieser Flugschrift bestreitet, dass die Republik die einzige Staatsform sei, welche die Freiheit garantiere. Er versuchte vielmehr dem Leser die konstitutionelle Monarchie<sup>46</sup> schmackhaft zu machen, indem er das positive Beispiel Josephs II. erwähnte. Dieser hatte den Ruf eines aufgeklärten Herrschers und führte tief greifende Reformen auf dem Gebiet des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Rechtspflege und der Bauernbefreiung durch.

Dieser Textausschnitt spiegelt auch die argumentative Lage der Liberalen wider. Der Freiheitsbegriff wurde offensiv von den Republikanern verwendet mit dem Ziel, die Vorzüge der republikanischen Staatsform hervorzuheben. Die obige Flugschrift bildete den Versuch, die Verbindung von Freiheit und Republik aufzuheben, um den Freiheitsbegriff auch für liberale Interessen nutzbar zu machen.

Zugleich ging der Verfasser an anderer Stelle im Text auf die Behauptung der Republikaner ein, dass die Ausgaben bei einer republikanischen Staatsform geringer seien als bei anderen Staatsformen. Dies versuchte er rhetorisch geschickt zu widerlegen, indem er auf die staatlichen Aufgaben verwies, welche, unabhängig von jeder Staatsform, Kosten verursachen.<sup>47</sup> Verstärkt wurde die Prägnanz seiner Aussage durch die Darstellung des Negativbeispiels der Republik Amerika, wo jegliche soziale Absicherung durch den Staat fehlte, was die Kosten für den Einzelnen in die Höhe trieb.<sup>48</sup>

Die Volksvereine hingegen traten mehrheitlich für eine Republik ein. Was die Demokraten unter der sozialen Republik verstanden, macht das folgende Flugblatt deutlich:

*Denn was wollen die Demokraten? Sie wollen einen neuen Staatshaushalt, in welchem nicht das von den Pfaffen erfundene „göttliche Recht der Könige“ gilt, sondern in welchem das Volk sich selbst regiert durch die von ihm gewählten Vertreter.*

*Die alte Staatswirtschaft oder die sogenannte „Gottesgnadenwirtschaft“ führt das Volk an den Rand des Verderbens: wir sind davon ein lebendiges, trauriges Beispiel. In der Gottesgnadenwirtschaft gilt das Volk Nichts, sondern die Regierung Alles; die Regierung ist nicht die Dienerin des Volkes, sondern sie betrachtet sie als seine Herrin; das Volk ist das Schaf, das geschoren wird, die Kuh, die gemolken wird, der Esel, der beladen wird. In der Gottesgnadenwirtschaft gib es keine Gleichheit der Stände, sondern bevorzugte Menschenrassen ...*

*Die Gottesgnadenherrschaft ist gegen die Vernunft: Darum wollen die Demokraten, daß das Volk sich selbst regiere. Im demokratischen Staat gelten die Grundsätze der Freiheit, der Gleichheit und der Bruderliebe.*

*Die Freiheit besteht hauptsächlich darin, daß das Volk Gelegenheit hat, seinen Willen auszusprechen und sich darnach zu regieren. Das Versammlungsrecht, das Vereinsrecht, Pressfreiheit und das freie Wahlrecht sind die wichtigsten Mittel, die Freiheit eines Volkes zu sichern ...*

*Die Gleichheit besteht darin, daß keiner einen Vorzug vor dem Andern hat, also weder in der Besteuerung, noch in der Wehrpflicht, noch in der Besetzung der Ämter. Die Gleichheit erfordert, daß jeder nach seinem Vermögen zu den Lasten des Staates beitrage, also eine Vermögenssteuer unter Aufhebung aller bisherigen Steuern zahlt, damit nicht gerade derjenige die meisten Steuern zahlt, der am Wenigsten besitzt ... Der Adel und das Fürstenthum müssen aufgehoben werden; denn es hat kein Mensch das Vorrecht, über andere zu herrschen ...*

*Die Bruderliebe zeigt sich als Grundsatz der Staatshaushaltung daran, daß die Steuern nicht verwen-*

<sup>45</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 187.

<sup>46</sup> Dass es sich bei der konstitutionellen Monarchie um die vom Autor bevorzugte Staatsform handelt, geht aus dem oben zitierten Textausschnitt nicht direkt hervor. Dies wird jedoch klar durch andere Textstellen. So distanzierte sich der Autor explizit von den Monarchisten. *Wir rechten auch nicht mit dem Monarchisten, welcher mit Entsetzen von den Freiheitsbestrebungen spricht, welche alles umwerfen, was dem Menschen heilig und theuer sey, und welcher in seinem heiligen Eifer auf diese Art unvermerkt auf das alte System der Bevormundung und Verdummung zurückführen will. An solche Leute muß man keine Zeit und keine Worte verschwenden,* ebd. Des weiteren sah er die konstitutionelle Monarchie als gute Mischung zweier extremer Staatsformen.

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> Ebd.

*det werden, um eine Armee von überflüssigen Beamten zu mästen, sondern um solche Einrichtungen zu treffen, bei welchen es dem Bürger möglich ist, sein Fortkommen zu finden, wenn er arbeiten will. Die Bruderliebe will, daß der Nebenmensch aufkomme, und nicht, daß er zu Grunde geht. Sie verhindert daher, daß das Letztere eintritt, und der demokratische Staat, in dem sie gilt, verwendet das Geld des Volkes zur Gründung von Unterrichts- und Bildungsanstalten, damit die Jugend befähigt werde, sich durch die Arbeit ihrer Hände oder ihres Kopfes einmal durch's Leben zu bringen. ...*

*Wenn das Geld hierzu angewendet wird, so ist keine Steuer zu hoch, denn sie fließt wieder zum Volk zurück; aber für eine prachtvolle fürstliche Hofhaltung, während das Volk in Lumpen geht, für Beamtenmast, während das Volk verhungert, ist jeder Kreuzer zuviel ...*

*Wenn der demokratische Staat hergestellt wird, so wird das Volk zu Wohlstand kommen, denn es regiert sich selbst und braucht sich nicht von Ministern betrügen und unterdrücken zu lassen; es macht sich selbst seine Steuern und sorgt selbst dafür, daß sie zu seinem Wohl verwendet werden.<sup>49</sup>*

Wenngleich dieses Wort nicht explizit erwähnt wurde, so forderten die Demokraten in dieser Flugschrift die Republik. Die Republik sei, so argumentierten die Demokraten, Garant für eine sozial stabile Gesellschaft, weil in ihr der kostspielige Staatsapparat reduziert werde, und die Staatsausgaben zugunsten der Aus- und Weiterbildung der Bevölkerung umgelagert werden könnten. Zudem werde in der Republik eine Vermögenssteuer erhoben, was eine gerechtere Lastenverteilung für alle Klassen mit sich bringen würde. Damit versuchten die Demokraten die Republik als Ansatz zur Lösung der sozialen Frage zu propagieren. Sie sei geeignet, Stabilität und Gerechtigkeit für alle zu garantieren. Die Demokraten verknüpften also die Lösung der sozialen Frage mit der Frage der Staatsform. Vehement widersprachen sie außerdem den Anschuldigungen der Liberalen, dass die Errichtung einer Republik anarchische Zustände herbeiführen werde. Vielmehr verspreche sie Ruhe und Ordnung, denn das sei nur in dem *Staat der Freiheit, der Gleichheit und der Bruderliebe* möglich.<sup>50</sup>

### 4.3. Die Form des künftigen Deutschlands

Nach dem Sieg der Revolution in Preußen und Österreich wurde die Gründung eines deutschen Nationalstaates als Ergebnis der Märzbewegung immer deutlicher. Über die Art und Weise, wie dies geschehen sollte, wurde Anfang April entschieden, als die Gründung eines Vorparlamentes beschlossen wurde, welches in Zusammenarbeit mit den Regierungen der Einzelstaaten die Einberufung der Nationalversammlung in die Hand nehmen sollte.<sup>51</sup> Als am 18. Mai 1848 die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat, war es die wichtigste Aufgabe des neu gewählten gesamtdeutschen Parlamentes, eine Verfassung auszuarbeiten und eine Zentralgewalt für das neue Reich zu bilden. Ende Juni wurden nach einer kontroversen Debatte um die Form der provisorischen Zentralgewalt auf Vorschlag Heinrich von Gagerns hin Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser eingesetzt und ein Reichsministerium gebildet, welches aus den Ministerien für Äußeres, Inneres, Finanzen, Justiz, Handel und Kriegswesen bestand.<sup>52</sup> Das Problem der neuen provisorischen Zentralgewalt war jedoch, dass sie weder völkerrechtlich anerkannt noch von den einzelnen deutschen Staaten mit ausreichenden militärischen Vollmachten ausgerüstet wurde. Besonders die größten Staaten wie Österreich und Preußen widersetzten sich, die oberste Befehlsgewalt über ihr Militär an die Kompetenz der Nationalversammlung abzutreten. Die Nation, auf die sich die Nationalversammlung in Frankfurt berief, war, wie Ribhegge schrieb, Wille und Vorstellung, jedoch noch nicht eine politische Realität.<sup>53</sup>

<sup>49</sup> Ebd., Blatt 220.

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> MANFRED BOTZENHART: 1848/49. Europa im Umbruch. Paderborn 1998, S. 91.

<sup>52</sup> HENKEL (wie Anm. 2), S. 113.

<sup>53</sup> WILHELM RIBHEGGE: Das Parlament als Nation. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Düsseldorf 1998, S. 14.

Die zumeist hitzigen Debatten der Nationalversammlung in Frankfurt über die Form des künftigen Deutschlands spiegeln sich auch in den Flugschriften jener Zeit wider, wenngleich mit unterschiedlicher Intensität. Die Flugschriften nahmen dabei die Funktion einer außerparlamentarischen Öffentlichkeit ein, indem sie die Debatten der Nationalversammlung nach außen trugen.

#### 4.3.1. Groß- oder kleindeutsche Lösung

Zwischen den Anhängern der großdeutschen und denen der kleindeutschen Lösung entbrannte in den Herbst- und Wintermonaten eine kontroverse Diskussion, die auch außerhalb der Nationalversammlung Widerhall fand. Dabei ging es um die Frage, ob die Habsburger Monarchie zum zukünftigen Deutschen Reich gehören sollte oder nicht, und welchen Einfluss diese Zugehörigkeit auf die staatliche Existenz und Gestalt des deutschen Reichs haben sollte.

In einer Extrabeilage der „Mannheimer Zeitung“ wurde eine von Friedrich Bassermann am 16. Januar 1849 vor der Nationalversammlung gehaltene Rede abgedruckt.<sup>54</sup> In ihr verteidigte er vehement den Kompromiss des Doppelbundes und widersprach den Befürchtungen, dass Österreich ein preußisches Erbkaisertum nicht dulden werde:

*Weil nun immer wieder gesprochen wird von dem Hinauswerfen Österreichs, so erlaube man mir in Bezug darauf einige Worte. Solches Gerede klingt mir wie Wahnsinn; denn wenn eine Gesellschaft sich in einem Gebäude versammelt, um sich zu einem Verein zu konstituieren, und es fehlt noch ein Mitglied, und man schickt lange Zeit hinüber zu ihm, und wartet lange und ladet es ein, es möge eintreten, die Thüre sei weit offen; und wenn der Vermisste erklärt: macht ihr nur euren Verein fertig, ich will indes meine Geschäfte beendigen, und wenn wir Beide unsere Angelegenheiten geordnet haben, will ich kommen und sehen, wie wir uns miteinander vertragen. Ist das hinausgeworfen?*

*Wenn dann in der Gesellschaft, von der ich gesprochen, Jemand sagt: wir können nicht länger warten, es dauert zu lange, wir müssen uns endlich konstituieren, auch wenn der Nichterschienene, was uns leid thäte, nicht kommen mag; und wenn der Andere diese Sprache erfährt und nun seinerseits sagt: Jetzt, da ich merkte, daß ihr ohne mich euch als Verein zu constituieren gedenkt, gebe ich euch eine andere Erklärung; aber wie lautet sie? Lautet sie jetzt zustimmend? Wird der Geladene nun kommen? Nein, sie lautet: Jetzt erkläre ich, daß ich mich besinnen werde, ob ich komme (Heiterkeit), und nun sprechen Sie davon, man werfe einen Solchen, welche man lange vergebens erwartet hat, man werfe ihn hinaus! ... Wenn wir aber den Verein fertig machen, ohne daß wir wissen ob der andere kommt, bleibt ihm dann die Thüre verschlossen? Welcher Staat hat sich je geweigert, einen Zuwachs anzunehmen, wenn er ihm geboten worden? ... Wo so verschiedene Nationen bei einander wohnen, ist es gar nicht denkbar, daß sie zusammenwachsen zu einem großen, lebensfähigen und der Zukunft trotzensen Gesamtstaate. Sie werden sich einst sondern, und wenn dieser Zeitpunkt kommt, dann wollen wir Deutsch-Österreich mit Freuden aufnehmen.<sup>55</sup>*

Die Rede Bassermanns zeigt die Problematik der groß- und kleindeutschen Lösung und deren Verknüpfung mit anderen politischen Fragen wie der Oberhauptsfrage deutlich auf. Die Frage, ob Österreich trotz einer preußischen Führung mit Erbkaisertum dem Deutschen Reich beitreten wolle, war in jenen Tagen aktuell und wurde heftig diskutiert. Die Diskussion über die groß- und kleindeutsche Lösung bekam dabei zusätzlichen Zündstoff, weil im Januar 1849 über die Oberhauptsfrage abgestimmt wurde, wobei drei Varianten zur Wahl standen: Ein Direktorium, entweder vom Volk gewählt oder von den regierenden Häusern bestimmt, ein republikanischer Präsident oder ein Kaiser, als Wahlkaiser oder in erblicher Monarchie. Die Kleindeutschen traten vorwiegend für ein preußisches Erbkaisertum ein, während die Großdeutschen eine preußische Vorherrschaft ablehnten, weil sie glaubten, dass dadurch die Chancen eines gemeinsamen Staates mit Österreich verbaut würden. Bassermann, der für das

<sup>54</sup> Bassermann gehörte der Casinopartei an, war Mitglied des Zentralwahlausschusses, bekleidete das Amt des Vorsitzenden des Verfassungsausschusses und war zudem Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern, KOCH (wie Anm. 33), S. 75.

<sup>55</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blätter 156 f.

preußische Erbkaisertum eintrat, versuchte diesen Befürchtungen entgegenzutreten, um Stimmen für die Variante der konstitutionellen Monarchie zu gewinnen.<sup>56</sup>

Als am 7. März 1849 der österreichische Kaiser den Reichstag in Kremsier auflöste und dem österreichischen Gesamtstaat eine Verfassung oktroyierte, besiegelte dies die Niederlage der großdeutschen Lösung in der Nationalversammlung, da sich ein multinationales 70-Millionen-Reich nicht mit den Vorstellungen der deutschen Nationalversammlung vereinbaren ließ. Schmerling, der seit Februar als österreichischer Bevollmächtigter die politischen Differenzen zwischen Wien und Frankfurt zu glätten versucht hatte, trat von seinem Amt zurück. Die Aktion des österreichischen Kaisers führte bei den Verfechtern der großdeutschen Idee zu einem Sympathieverlust für Österreich, was bewirkte, dass die Mehrheit der großdeutschen Koalition abbröckelte.<sup>57</sup> Unter dieser Prämisse ist auch ein Flugblatt zu sehen, das der Vaterländische Verein in Freiburg am 25. März 1849 herausgab. In diesem Flugblatt, das in der Form eines offenen Briefes an die Nationalversammlung verfasst wurde, protestierte der Vaterländische Verein gegen die Tatsache, dass durch die oktroyierte Verfassung für die österreichische Gesamtmonarchie die deutsch-österreichischen Gebiete vom restlichen Deutschland gelöst und die österreichischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung ausgeschlossen wurden:

*Der vaterländische Verein zu Freiburg hält seiner Überzeugung nach es für Pflicht, bei der hohen Nationalversammlung einen feierlichen Protest niederzulegen.*

*Die unter dem 4. März d. J.<sup>58</sup> für die österreichische Gesamtmonarchie octroyirte Verfassung hat die zu dem Kaiserreiche gehörenden Kronlande zu einem festgeschlossenen untheilbaren und unauflöslichen Einheitsstaat verbunden. Es ist dadurch unserer Ueberzeugung nach zur Unmöglichkeit geworden, daß fortan einzelne, zur österreichischen Gesamtmonarchie gehörenden Kronlande gleichzeitig einem andern Staatsverbande angehören: zumal einem Bundesstaate, wie ihn für unser deutsches Vaterland zu begründen die hohe Nationalversammlung nach dem Willen des deutschen Volkes berufen ist. Denn wir vermögen nicht zu begreifen, wie ein Land gleichzeitig zwei verschiedenen Gesetzgebungen unterworfen sein, wie in ihm gleichzeitig die Grundrechte des deutschen Volkes und die damit in mannigfachem Widerspruch stehenden Grundrechte der österreichischen Gesamtmonarchie Geltung haben, wie gleichzeitig die Todesstrafe, der Adel, die Familien-Fideicommissse und Lehen abgeschafft sein und gleichwohl fortbestehen sollen! ...*

*Solchem nach vermag der vaterländische Verein nur, so schmerzlich es ihn bewegt, die bisherige Verbindung der deutsch-österreichischen Lande mit Deutschland durch jene Verfassung als gelöst zu betrachten. Wenn aber dem so ist, mit welchem Rechte können dann fernerhin die Abgeordneten Österreichs Theil nehmen an dem Aufbau der Verfassung eines Bundesstaates, der jene Lande, welche sie vertreten, nicht mit umschließen kann.<sup>59</sup>*

Der Vaterländische Verein in Freiburg gab anlässlich dieses Ereignisses ein weiteres Flugblatt heraus, das als Trauerbekundung an die österreichischen Abgeordneten gestaltet war. Darin wurde unter Erwähnung der ehemaligen politischen Zugehörigkeit Freiburgs zu Österreich das Bedauern über das Scheitern der großdeutschen Lösung und den Ausschluss der österreichischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung zum Ausdruck gebracht.<sup>60</sup>

Welche Konsequenzen das Scheitern der großdeutschen Lösung und der Ausschluss Österreichs aus der Nationalversammlung hatte, zeigt ein Flugblatt, das von den Katholiken Badens herausgegeben worden war. Darin wurden die katholischen Vereine Badens aufgefordert, Einspruch gegen die Kaiserwahl zu erheben, denn die Wahl eines preußischen Erbkaisers trenne Österreich langfristig vom deutschen Reich, was Baden zum Nachteil gereichen werde:

*Diese Verfassung und dieses preußische Erbkaisertum brächten, wenn sie ausgeführt werden könnten, der Nation statt der Einheit die Verstümmelung, da das schöne Oesterreich, das dem Überschuss unserer*

<sup>56</sup> KOCH (wie Anm. 33), S. 26 ff.

<sup>57</sup> DIETER HEIN: Die Revolution von 1848/49. München 1998, S. 117 f.

<sup>58</sup> Bei diesem Datum handelt es sich um einen Druckfehler oder um ein Versehen des Verfassers. Der österreichische Kaiser oktroyierte am 7. März 1849 eine Verfassung für den österreichischen Gesamtstaat.

<sup>59</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 199.

<sup>60</sup> Ebd., Blatt 200.

*Bevölkerung wohlfeile Niederlassung, unseren Gewerben durch den Anschluss des Kaiserstaates an den Zollverein in den es einzutreten geneigt ist, reichlichen Absatz bietet, aus dem neuen deutschen Reich ausscheiden müsste; diese Verfassung und dieses preußische Erbkaisertum brächten den einzelnen Stämmen statt Freiheit Unterdrückung, da diese mit Verlust ihrer selbstständigen Bewegung unter die preußische Einheit gesteckt würden; sie ließen nach dem Ausschluss Österreichs die Grenzen Süddeutschlands gegenüber Frankreich unbewahrt, wie den Preußen im J. 1795 in Folge seines Baslerfriedens und im J. 1805 Süddeutschland dem französischen Erbfeind als wehrlose Beute ausgeliefert und Oesterreich einsam im Kampfe gegen Frankreich verbluten gelassen; ... Und wie stünde es mit der Freiheit der überwiegenden katholischen Bevölkerung Deutschlands unter dem Erbkaisertum Preußens, das sich von jeher amtlich überall als Schutzmacht des deutschen Protestantismus aufgestellt und noch in neuester Zeit in der Stiftung des englisch-preußischen Bisthums zu Jerusalem, wie im Gustav-Adolphsvereine, im eigenen Land in Schlesien, wie im Rheinland und Westfalen die katholische Kirche systematisch unterdrückt hat?<sup>61</sup>*

Die Katholiken Badens befürchteten im Deutschen Reich eine Vormachtstellung Preußens. Sie erwarteten eine Benachteiligung des Katholizismus. Diese Befürchtungen, die als frühe Vorläufer des Kulturkampfes zu betrachten sind, gründeten auf dem Gegensatz zwischen einem protestantischen Preußen und der mehrheitlich katholischen Bevölkerung Badens, die Österreich gerne als einen katholischen Gegenspieler zu Preußen gesehen hätte.

#### 4.3.2. Die Frage nach dem Reichsoberhaupt

Die Frage nach einer groß- oder kleindeutschen Lösung war eng verbunden mit der Form des künftigen Reichsoberhauptes und seiner Befugnisse. Sollte er vom Volk gewählt oder von den regierenden Häusern bestimmt, ein republikanischer Präsident oder ein Kaiser, als Wahlkaiser oder in erblicher Monarchie, sein?

Während der ersten Lesung über die Frage des Staatsoberhauptes in der Frankfurter Paulskirche wurden mehrere Flugschriften und Zeitungsbeilagen veröffentlicht,<sup>62</sup> welche die Frage des künftigen Staatsoberhauptes zum Thema hatten. So erschien im Januar 1849 der Auszug einer Schrift des Franzosen Alexandre Weill<sup>63</sup> mit dem Titel *de l'héridité du pouvoir*, welche in Frankreich – dem Herausgeber des Flugblattes zufolge – großes Aufsehen erregt habe. Diese Schrift beschäftigte sich mit der Frage der Herrschaft und versuchte den Leser mittels eines Katechismus zu überzeugen, dass die Ordnung in der Form erblicher Gewalt und Freiheit in der Form von Demokratie die beiden Grundpfeiler seien, auf welchen sich der ideale Staat aufbauen ließe:

*Es gibt einfache politische Fragen von höchster Wichtigkeit, welche, um begriffen zu werden, durchaus wie mathematische Aufgaben behandelt werden müssen: Die Frage über die Herrschaft gehört hierher.*

*Jedermann gibt zu, daß der Bestand und die Wohlfahrt des Staates auf der Ordnung und auf der Freiheit beruhen. Nun:*

*Ist die Ordnung möglich ohne Freiheit?*

*Ja. Beweis hierfür sind die absolutistischen Staaten, welche, seien sie republikanisch oder monarchisch, ohne Freiheit bestehen.*

*Ist Freiheit möglich ohne Ordnung?*

*Nein. Weil überall die Freiheit ohne Ordnung in Chaos und Anarchie ausartet.*

*Was folgt daraus?*

<sup>61</sup> Ebd., Blatt 203.

<sup>62</sup> Vergleiche dazu etwa die Rede Bassermanns, welche am 16. Januar 1849 in einer Extrabeilage zur „Mannheimer Zeitung“ erschien. Darin trat Bassermann für eine konstitutionelle Monarchie mit einem Erbkaisertum ein, ebd., Blätter 156 f.

<sup>63</sup> Alexandre Weill war französischer Publizist und wurde am 10. Mai 1811 im elsässischen Schirhoffen geboren. Nach seinem Studium schrieb er zunächst für deutsche Zeitungen. Später arbeitete er für verschiedene französische Blätter, wie etwa für Louis Blancs *Revue du Progrès*, für die *Démocratie pacifique* oder für die *Presse*. Neben seiner journalistischen Tätigkeit verfasste er auch eine große Anzahl von Flugschriften mit tagespolitischen Themen, so etwa *le Genie de la monarchie* (1849) oder *République et Monarchie* (1848). Weill starb am 18. April 1899 in Paris. La grande encyclopédie. Inventaire raisonné des sciences, des lettres et des arts. 31 Bände. Hg. von CAMILLE F. DREYFUSS und ANDRÉ BETHELOT. Paris 1885-1901, S. 1196.

*daß die Ordnung nicht die Tochter ist, sondern die Mutter der Freiheit ...*

*Wer verbürgt die Ordnung?*

*Die Staatsgewalt.*

*Was ist diese Gewalt?*

*Hier stehen wir vor der Hauptfrage. Wir sehen da zwei Wege; der eine breit und groß führt gerade zum Ziele, zur erblichen Gewalt; – der andere gelangt auf Umwegen über Abgründe und Felsen zur Wahlherrschaft. – Wir haben nun aus der Geschichte und aus der Vernunft zu beweisen, daß die Wahlherrschaft nicht die Ordnung verbürgt.*

*Allgemein wird angenommen, daß ein Gott ist, und daß, wenn keiner wäre, er erdacht werden müsste. Die Atheisten leugnen Gott nur um ihre Personen an seine Stelle zu setzen. Der Atheismus ist die Selbstsucht, der vergrößerte Stolz im Menschen.*

*Und so wie mit der Ordnung in der Welt, in welcher Gott waltet, so ist's mit der Ordnung in einem ihrer Theile, im Staat. Nur haben hier die Menschen die öffentliche Gewalt, – dargestellt durch das Genie, – da dieses nicht immer da ist, wie Gott in der Welt, – ewig erdacht, indem sie dieselbe mittelst der Erblichkeit bleibend, dauernd erklären. Wer dies leugnet ist ein politischer Atheist, der will die Gesellschaft seinem Stolz – aus Ignoranz – oder seiner Persönlichkeit – aus Eigendünkel – zum Opfer bringen. – Die Erblichkeit der Gewalt allein stellt in der That die Ordnung dar ohne Unterbrechung. Ohne diese fleischgewordene Ordnung hat nichts Bestand. Einerlei ob sie durch ein Genie, einen Menschen, ein Ding, ein Zeichen dargestellt sei; ein Sessel, ein Thron genügt. Wesentlich ist nur, daß die Idee der Ordnung immer gegenwärtig und unvergänglich sei, damit ihr Leuchten uns immerdar auf dem Weg der Freiheit erhalte.*

*Ob man Gott als Jude, als Katholik oder als Protestant verehere, er wird doch immer bleiben, was er ist. Ebenso verhält sich's mit der Ordnung im Staat, welche den Thron einnimmt. Über den politischen Parteien erhaben, ist ihr einerlei, ob im Namen der Aristokratie, der Bourgeoisie oder der Demokratie regiert werde, wenn nur sie, die Ordnung immer bleibt, was sie ist. So soll die Ordnung im Staat, dargestellt durch die Gewalt, unveränderlich, unverletzlich sein, heilig und ewig wie die Gottheit. Und wie die Gewalt als solche den Thron einnimmt, so soll die Freiheit regieren.*

*Die Gewalt als Throninhaberin ist die Erblichkeit. Die Freiheit als Regierung ist die Wahl, das allgemeine Stimmrecht. Die Freiheit ist in der That nicht unveränderlich. Sie kann nicht, wie die Ordnung mit Jehova sagen: Ich werde immer sein, was ich bin. Die Freiheit wechselt mit den Interessen, den Zeiten, dem Klima, den Sitten der Völker, sie ist die Frucht des Bodens und des Augenblicks. Die Ordnung dagegen ist nicht vergänglich, nicht örtlich, sie ist überall, wie die Gottheit, deren Ausfluss sie ist. Die Freiheit, oder mit anderen Worten die Wahl durch das allgemeine Stimmrecht, – das ist die Demokratie; die Ordnung, d. h. die erbliche Gewalt, das ist die Monarchie. Und da die Ordnung für sich allein, dargestellt in der erblichen Gewalt, in Despotie ausarten kann, so muss sie nothwendig beschränkt sein durch das allgemeine Stimmrecht, dargestellt in der Demokratie und Freiheit.*

*Derart wird die Ordnung thronen und die Freiheit regieren.<sup>64</sup>*

Weiter unten im Text warnte Weill vor einer reinen Demokratie und unterstrich seine Meinung mit einer Reihe von negativen Beispielen. So behauptete er, dass die Massen niemals ein Genie an die Spitze wählen würden. Stattdessen brächten sie *gewalttätige Tyrannen und elende Schmeichler* an die Macht.<sup>65</sup> Des Weiteren versuchte er zu widerlegen, dass allgemeines Stimmrecht und Erbmonarchie nicht kompatibel seien, und betonte die Notwendigkeit einer Erbmonarchie für die Stabilität eines Staates:

*Nicht allein darf und kann die allgemeine Stimmgebung eine erbliche Monarchie einsetzen, sondern ohne diese Gewalt würde selbst die allgemeine Stimmgebung ihrer Früchte nicht lange erfreuen. Die veränderliche vergängliche Freiheit kann nur solange bestehen mit der unveränderlichen, beständigen Ordnung ... Die Ordnung, als erste und letzte Bedingung der Gesellschaft, stellt vor allem die Pflicht dar. Die Freiheit dagegen, nur erst aus der Ordnung hervorgehend, stellt das Recht dar. Die Gesellschaft aber ruht vorweg auf der Pflicht, ihrer Anerkennung und Erfüllung. Das Recht fängt erst an nach vollbrachter Pflicht ... Überall in der Natur sehen wir Gegensätze; der Mensch ist eine Verbindung von Himmel und Erde, Leib und Seele; so in der sinnlichen Welt; sollte es in der moralischen, in der politischen anders sein? Kann im Widerspruch mit den göttlichen Gesetzen eine absolute politische Form für sich allein bestehen? Wo ist die reine Demokratie, die absolute Gleichheit Aller, welche Bestand gehabt und*

<sup>64</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blätter 154 f.

<sup>65</sup> Ebd.



*dauernd Gutes hervorgebracht hätte? Überall war dieselbe nur eine Kriegsmaschine, oft eine nützliche; aber niemals war sie eine erzeugende, schaffende, erhaltende Form. Ihr natürlicher Gegensatz ist die Monarchie. Die Demokratie ist das Herz der Nation, die Monarchie soll der Kopf sein. Dürfte man beide nicht vereinigen können zu einem harmonischen Ganzen, aus dem alles Gute, Große, Edle, Schöne, Nützliche hervorgehe? – Dieser Krieg der Demokratie und der Monarchie nur ist's, der Frankreich hindert glücklich zu sein.<sup>66</sup>*

Weills Abhandlung über die politische Situation in Frankreich und sein Eintreten für das Erbkaisertum tauchte bewusst in einem deutschen Flugblatt auf, da in Deutschland zu jener Zeit die Frage nach der Form des künftigen Staatsoberhauptes diskutiert wurde. Der Brückenschlag zu Deutschland erfolgte in einem Nachtrag, in welchem der anonyme Herausgeber des Flugblattes die Demokratie als den schlimmsten Feind für die Einigung Deutschlands sah und eine starke Zentralregierung mit erblicher Gewalt forderte.

Eine andere Meinung kam in einem Flugblatt in Form einer Adresse zum Ausdruck, welches vom Vorstand des katholischen Hauptvereins Badens herausgegeben wurde, nachdem die Form des Oberhauptes feststand. Der Verfasser, von religiösen Vorbehalten geprägt, befürchtete, dass die Dominanz Preußens zunehmen werde, und dass es zu einer Spaltung der deutschen Nation kommen könnte. Er protestierte daher gegen den Beschluss der Nationalversammlung zur Errichtung eines preußischen Erbkaisertums:

*Hochdieselbe hat am 27. März mit einer Mehrheit von vier Stimmen die Errichtung eines erblichen Kaiserthums im deutschen Reich, welche früher zweimal bei der Abstimmung verworfen worden war, beschlossen, und am anderen Tag die Würde eines Erbkaisers der Deutschen Sr. Majestät dem jetzt regierenden König von Preußen übertragen. Dieser Schritt hat uns, wir gestehen es offen, überrascht und schmerzlich ergriffen, so gern wir unsere Verehrung für die Person des Königs aussprechen ...*

*Durch die Art, wie die Verfassung zu Stande gebracht wurde, und durch Bestimmungen derselben sind aber eine Menge Interessen des deutschen Volkes verletzt. Durch sie und durch das preußische Erbkaisertum ist Österreich mit acht und dreißig Millionen Einwohnern von Deutschland ausgeschlossen. Statt der Einheit deutscher Nation haben wir die Spaltung und eine größere Trennung als zur Zeit des Bundestages ... Die Verfassung gewährt keinen Bundesstaat wie die Nation ihn will, sondern einen Einheitsstaat – die deutschen Länder werden preußisch und unser allverehrter Großherzog, der in deutscher Gesinnung immer vorangegangen, würde zu einem preußischen Landpfleger heruntersinken, wir werden aber als treue Bürger die Rechte seiner Krone verteidigen. Wir verlangen eine gemeinsame Regierung des ganzen deutschen Staates und somit das vorgeschlagene allein mögliche Direktorium mit einem Staat und einem Volkshaus.<sup>67</sup>*

Ein anderes Flugblatt in Form eines Spottliedes, richtete sich nicht explizit gegen das System der Erbmonarchie, warnte jedoch vor einer Wahl Friedrich Wilhelms IV. von Preußen zum deutschen Kaiser und brachte das Missfallen über die Wahl des preußischen Königs zum Ausdruck. Die Motivation für ein solches Missfallen war bei diesem Flugblatt eine völlig andere als bei jenem, welches der katholische Hauptverein von Baden herausgegeben hatte. Das Spottlied endete mit den Versen:

- |   |   |
|---|---|
| <p>1. <i>Da kam von Frankfurt der Gagern<br/>Die Kaiserkrone im Sack<br/>Und dieser rieth ohne Zweifel:<br/>„Man jage den Reichstag zum Teufel“<br/>„Und wrangle das Lumpenpack“</i></p> <p>2. <i>Dies geschah und man arretierte<br/>Zu hunderten ringsum nun<br/>Die freisinnigen Deputierte:<br/>Friedrich Wilhelm oktroyirte<br/>Eine schlechte Constitution, –</i></p> | <p>3. <i>Doch Friedrich Wilhelm der Vierte<br/>Wird des Volks-Verraths angeklagt<br/>Schuldig schnöder Herrschbegierde<br/>Sei verlustig seiner Würde<br/>Und dann aus dem Land verjagt</i></p> <p>4. <i>Der Himmel möge uns schützen<br/>daß er nicht Kaiser werd', –<br/>Der ließe Deutschland knebeln<br/>Von Wrangeln niedersäbeln<br/>Mit dem geschliffenen Schwert<sup>68</sup></i></p> |
|---|---|

<sup>66</sup> Ebd.

<sup>67</sup> Ebd., Blatt 203.

<sup>68</sup> Ebd., Blatt 205.

Dieses Flugblatt beschäftigte sich hauptsächlich mit der politischen Situation Preußens. So bezog es sich auf die Verhängung des Belagerungszustandes und die gewaltsame Auflösung der Nationalversammlung durch Friedrich Heinrich Ernst Graf von Wrangel, auf die durch Friedrich Wilhelm IV. aufgezwungene Verfassung und auf den Waffenstillstand von Malmö. Erst im letzten Vers kam das Spottlied auf die eventuelle Wahl Friedrich Wilhelms IV. zum deutschen Kaiser zu sprechen und warnte vor seiner Knechtschaft, die mit Beispielen in den vorhergehenden Versen dargestellt wurde.

#### 4.3.3. Die Wahlrechtsfrage

Neben der Frage nach der Person des Staatsoberhauptes und den Auseinandersetzungen um die groß- oder kleindeutsche Lösung löste die Wahlrechtsfrage in der Nationalversammlung heftige Diskussionen aus. Sie waren geprägt durch das unterschiedliche Standesbewusstsein bei Liberalen und Demokraten. Die Liberalen traten für eine Beschränkung des Wahlrechtes ein, um einen sozialen Umsturz zu verhindern und der Mittelklasse den überwiegenden Einfluss im Staat zu sichern. Dabei gingen sie von der Annahme aus, dass sich der Mittelstand durch soziale Reformen erheblich verbreitern und auf einen großen Teil der Bevölkerung ausdehnen ließe. Die Demokraten hingegen forderten das allgemeine und gleiche Wahlrecht, weil sie überzeugt waren, dass sich dadurch die unteren Schichten in die bürgerliche Gesellschafts- und Staatsordnung integrieren ließen. Der Verfassungsausschuss, welcher von den Liberalen dominiert wurde, legte einen Wahlgesetzentwurf vor, der zwar ein direktes Wahlverfahren, jedoch einschneidende Stimmrechtsbeschränkungen vorsah. So durften etwa Handwerkerge- sellen, Fabrikarbeiter, Tagelöhner und Dienstboten nicht wählen. Es zeigte sich jedoch, dass dieser Vorschlag in der Nationalversammlung keine Chance hatte. Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit bei einem Stimmenverhältnis von 422 zu 21 abgelehnt. Angenommen wurde gegen den Widerstand der Liberalen das allgemeine und direkte Wahlrecht.<sup>69</sup>

Die Diskussion um die Form des Wahlrechtes spiegelte sich auch in den Flugschriften wider, wenngleich auch weniger als andere politische Themen. Als Argument gegen das allgemeine Wahlrecht wurde oftmals die Gefahr von sozialen Unruhen angeführt. So verwies etwa Bassermann in seiner bereits erwähnten auf einem Flugblatt abgedruckten Rede<sup>70</sup> auf das Negativbeispiel Frankreich, wo ein allgemeines Wahlrecht herrschte und es im Juni 1848 wegen der Schließung der Nationalwerkstätten zu Arbeiteraufständen gekommen war. Um seine Aussage zu unterstreichen führte Bassermann Belgien als positives Gegenbeispiel an, in welchem es ein Zensuswahlrecht gab, und wo es, trotz der gemeinsamen Grenze zu Frankreich ruhig geblieben war. Ganz anderer Meinung war das demokratische Central-Comité. Bereits vor der Bildung der Nationalversammlung veröffentlichte es ein Flugblatt, das die *Abschaffung aller Vorrechte, welchen Namen dieselben tragen mögen, insbesondere des Adels, der Privilegien des Reichthums (Census) und der bevorzugten Gerichtsstände, und die Ersetzung derselben durch ein allgemeines Staatsbürgerrecht* enthielt.<sup>71</sup>

Die Diskussionen um das Wahlrecht fanden nicht nur während des Prozesses der Verfassungsgestaltung statt, sondern auch noch nach der Annahme der Verfassung durch die Nationalversammlung, als es um die Anerkennung der Verfassung durch die einzelnen Länder ging. Das Flugblatt des provisorischen Landesausschusses der Volksvereine vom 23. April 1849 bezog sich auf den Wahlrechtsentwurf, den das badische Ministerium den Kammermitgliedern vorgelegt hatte, und kritisierte ihn unter anderem wegen des passiven Wahlrechtes in die Erste Kammer, das vom Einkommen abhängig sein sollte:

<sup>69</sup> HEIN (wie Anm. 57), S. 115 f.

<sup>70</sup> Vgl. StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blätter 180 f.

<sup>71</sup> Ebd., Blatt 44.

*Dieser Wahlrechtsgesetzentwurf ist ein Hohn gegenüber den Forderungen des badischen Volkes, gegenüber den Bedürfnissen der Zeit.*

*Nach diesem Entwurfe ist das verpönte alte Zweikammersystem beibehalten. Die erste Kammer soll gleich der früheren ein Hemmschuh gegen alle zeitgemäße Forderungen des Volkes sein, sie soll aus 33 Mitgliedern bestehen, welche zwar nicht mehr vorzugsweise adelige Herren zu sein brauchen, die aber viel Geld, viel Geld besitzen und 40 Jahre alt sein müssen.*

*Nach dem Beispiele des vom französischen Volke vertriebenen Königs Louis Philipp soll eine Geldaristokratie den größten Einfluß auf die künftige badische Gesetzgebung und Verwaltung üben, eine Geldaristokratie, die in ihrer unsäglichen Gewinnsucht und ihrer steten Angst vor dem Verluste ihres Mammons taub sein wird gegen jede billige Forderung der Zeit. Statt Standesbevorrechtung kommt man nun mit einer Klasseneintheilung des Bürgers ...*

*Wir protestieren, um für alle Zukunft die Schmach und den Vorwurf zurückzuweisen, als hätte das badische Volk eine solche unter der Herrschaft der Bajonette vorgenommene Handlung stillschweigend hingenommen.<sup>72</sup>*

Der Landesausschuss der Volksvereine war der Meinung, dass der Wahlgesetzentwurf der badischen Regierung dem allgemeinen Wahlrecht der Reichsverfassung widersprechen würde.

#### 4.4. Das Parlament und seine Abgeordneten

Die Beschlüsse und die Abgeordneten des Bundestages in Frankfurt, des Vorparlamentes, der Frankfurter Nationalversammlung oder des Landtages in Karlsruhe waren immer wieder das Ziel von Flugschriften. Die Flugschriften nahmen dabei die Funktion einer politischen Gegenöffentlichkeit<sup>73</sup> ein, welche auf die institutionalisierte politische Öffentlichkeit des Parlamentes einzuwirken suchte.<sup>74</sup>

##### 4.4.1. Kritik an den parlamentarischen Vertretern

Mit der wachsenden politischen Unzufriedenheit nahm die Kritik an den parlamentarischen Vertretern zu. Dabei wurde oftmals die Distanz zwischen Volksvertretern und Volk thematisiert. Es wurde vor allem kritisiert, dass sich die Volksvertreter nie für die Belange des Volkes eingesetzt hätten oder sich nicht mehr einsetzen würden.

Der Inhalt eines Flugblattes bezog sich direkt auf den deutschen Bundestag in Frankfurt, der nach dem Wiener Kongress gebildet wurde und unter österreichischem Vorsitz stand. Er war keine Volksvertretung, sondern bestand aus Gesandten, die von den Fürsten ernannt und nach Frankfurt geschickt wurden. Aus diesem Grund sprach das Flugblatt den Abgeordneten auch die Legitimation ab, die Interessen des Volkes zu vertreten und forderte sie zum Rücktritt auf, damit an ihrer Stelle *frei gewählte Männer die Geschicke Deutschlands* lenken könnten (Abb. 2).<sup>75</sup>

Aber auch die Abgeordneten eines frei gewählten Parlamentes waren nicht gänzlich gegen Kritik gefeit, wie den Flugblättern der badischen Volksvereine zu entnehmen ist:

*Mitbürger! Die gegenwärtige Ständeversammlung entspricht nicht mehr den Bedingungen einer Volksvertretung, wie sie nach den Anforderungen der Zeit und den fortgeschrittenen politischen Bedürfnissen des Volkes geboten ist. Sie stützt sich in ihrer ganzen Zusammensetzung auf Grundsätze, deren Herrschaft bereits seit einem Jahre aufgehört hat. Das Volk hat seinerseits Schritte getan, um sich gegen das Unrecht zu schützen, welches aus der fortgesetzten Thätigkeit einer solchen Versammlung hervorgehen muss; es hat in zahllosen Adressen an die zweite Kammer die Auflösung der bestehenden Ständeversammlung verlangt. Die zweite Kammer hat bis auf den heutigen Tag diesem gerechten Begehren des Volkes ihren hart-*

<sup>72</sup> Ebd., Blatt 221.

<sup>73</sup> Vgl. JÜRGEN HABERMAS: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Berlin 1962, S. 122 ff. Habermas behandelte dabei die Entstehung der parlamentarischen Öffentlichkeit und die Bildung einer Gegenöffentlichkeit zu Beginn des 18. Jahrhunderts in England.

<sup>74</sup> SIGRID WEIGEL: Flugschriften 1848 in Berlin. Versuch zu einer politischen Literaturgeschichte deutscher Flugschriften in der Dialektik von bürgerlicher und nicht-bürgerlicher Öffentlichkeit. Hamburg 1977, S.130 ff.

<sup>75</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 8.

# Antwort des deutschen Volkes

an die

## deutschen Bundestagsgesandten

zu Frankfurt am Main.

Ihr habt Euch unterm 1. März öffentlich an das deutsche Volk gewendet, nachdem Ihr Jahrzehende hindurch im Geheimen es verrathen. Ihr fühlt den Boden unter Euern Füßen wanken, und in dieser Bedrängniß gebt Ihr uns gute Worte. Ihr habt uns alle Freiheiten genommen, welche Ihr uns hättet geben sollen. Euch verdanken wir dasjenige System der Bevormundung, unter dessen Einfluß unser Wohlstand so schwer gelitten hat. Ihr habt die Bildung des Volks mit aller Gewalt gehemmt. Ihr seid nicht die Männer unseres Vertrauens, Ihr bildet kein Organ der nationalen und politischen Einheit Deutschlands.

Der Volkswitz, welcher Eure Versammlung Bundesnacht nennt, hat Euch gerichtet. Eure Zeit ist vorüber. Die elektrische Wirkung der aller Orten hervorbrechenden großen Volkserhebungen kann in Euch nur die Zuckungen der tödtlichen Krankheit, nicht die frischen Bewegungen der Gesundheit hervorrufen.

Verfassungsmäßig berufen, für die Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands zu sorgen, — habt Ihr mitten im Frieden einen Kriegszustand im Innern Deutschlands durch Eure freiheitswidrigen Maßregeln hervorgerufen, Ihr habt die Kerker gefüllt mit den edelsten Männern unseres Volkes und deren Kerkermeister gepriesen, Ihr habt halb Luxemburg ohne Schwertstreich abgetreten, und Schleswig-Holstein den Angriffen des Dänenkönigs schutzlos bloßgestellt.

Wohl beruht auf der Eintracht der Deutschen die friedliche und freudige Entwicklung unseres Vaterlands. Doch Ihr könnet diese Eintracht nicht fördern, durch Euch könnte sie nur gestört werden.

Darum verlaßt Ihr den Sitz des deutschen Bundes und räumt denselben bessern Männern ein. Diese werden zu einem deutschen Parlament vereinigt, Deutschland aus dem Sumpfe retten, in welchen Ihr es gedrängt habt. Ein deutsches Parlament von frei gewählten Männern wird dann die Geschicke Deutschlands lenken und getragen durch das Vertrauen des deutschen Volkes die Stürme die uns bedrohen, beruhigen und die Keime künftiger Größe entwickeln, welche Ihr nur zu Boden treten konntet.

Drum fort mit Euch, fort, Ihr Bundestagsgesandten! Eure Sonne ist gesunken.

Deutschland, den 4. März 1848.

Abb. 2 Flugblatt vom 4. März 1848. Der Inhalt bezog sich auf den deutschen Bundestag in Frankfurt. Die Flugschrift sprach den Abgeordneten die Legitimation ab, die Interessen des Volkes zu vertreten und forderte sie zum Rücktritt auf (StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 8)

näckigen Widerstand entgegen gesetzt; sie fährt fort, in Gemeinschaft mit der Adelskammer, deren längeres Bestehen mit der Aufhebung der Standesvorrechte unvereinbar ist, über die Interessen des Volkes zu verhandeln und Beschlüsse zu fassen. Das Volk ist nicht schuldig, Gesetze von denjenigen anzunehmen, die es nicht mehr als die Vertreter seines Willens anerkennen kann; es hat aber das Recht, mit allen Kräften dahin zu streben, die Wirkung und Bedeutung solcher Gesetze zu schwächen und wo möglich zu vernichten; es hat das Recht, sich von jeglicher politischer Handlung zurückzuziehen, durch welche der bestehenden Ständeversammlung in ihrer volksfeindlichen Wirksamkeit irgend wie Hülfe geleistet oder auch nur der Schein eines Rechtes eingeräumt werde. Der prov. Landes-Ausschuss fordert das Volk auf, von diesem Rechte seinen Gebrauch zu machen.<sup>76</sup>

Mit dem Aufruf zum zivilen Ungehorsam reagierten die Volksvereine auf die Tatsache, dass die badischen Kammern immer noch diejenigen waren, die aus den Wahlen von 1846 hervorgegangen waren. Aus diesem Grund verlangten die demokratischen Volksvereine mit einem Petitionssturm deren Auflösung und forderten Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung nach demokratischem Wahlrecht. Dieses Flugblatt ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Es spiegelte die politische Situation jener Zeit wider. So kritisierte es die unzeitgemäße Zusammensetzung der Ständeversammlung, ihre fehlende Volksnähe und kündigte taktisch-politische Maßnahmen an, die zur Auflösung der Ständeversammlung führen sollten.<sup>77</sup>

Auch die Abgeordneten des Frankfurter Vorparlamentes zogen Kritik auf sich. In einem Flugblatt wurde zur Wachsamkeit gegenüber dem Ausschuss der vorbereitenden Nationalversammlung aufgerufen, da die Vertreter des Ausschusses den Willen des Volkes weder vertreten noch beachten würden. Der Verfasser kritisierte, dass die Mitglieder des Vorparlamentes nicht vom Volk gewählt worden waren, sondern größtenteils aus Mitgliedern der Landtage bestanden. Er sprach ihnen deshalb die Legitimation ab, die wahren Interessen des Volkes zu vertreten. Die wenigen, die seiner Meinung nach die Interessen des Volkes vertreten würden, waren Angehörige der demokratischen Linken, die nicht in den Ständeversammlungen vertreten waren und zum Teil im Exil gelebt hatten.<sup>78</sup> Die Vertreter des Vorparlamentes waren in der Tat nicht vom Volk gewählt worden, sondern waren von der Heidelberger Versammlung<sup>79</sup> aufgrund ihrer Funktion als ehemalige oder gegenwärtige Mitglieder der deutschen Landtage oder als Notabilitäten, meist Angehörige der demokratischen Linken, der bisher nicht in den Ständeversammlungen vertretenen politischen Bewegungen eingeladen worden.<sup>80</sup>

#### 4.4.2. Kritik an der parlamentarischen Arbeit

Nicht nur die Legitimation der parlamentarischen Vertreter wurde kritisch beleuchtet, sondern auch deren Arbeit wurde unter die Lupe genommen. So erschien im Juli 1849 ein Flugblatt in der Form eines Dialoges zweier Freunde, welches die politischen Ereignisse um die Frankfurter Nationalversammlung und die Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König Revue passieren ließ:

*Paul: So bist Du kein Freund der Nationalversammlung, die zu Frankfurt getagt hat?*

*Werner: Ja und Nein. Denke ich daran zurück, wie das deutsche Volk so laut nach einer größeren Einheit verlangte, wie tief es die Zersplitterung empfand, die unser Vaterland im Innern zerriss und die Ge-*

<sup>76</sup> Ebd., Blatt 220.

<sup>77</sup> So forderten die Volksvereine, dass sämtliche Vertreter der Volkspartei aus der Kammer austreten sollten, dass sämtliche Wahlbezirke ihre Abgeordneten aus der Kammer zurückrufen sollten, dass sich sämtliche Wahlmänner der Volkspartei einer Wahl weiterer Abgeordneten zu enthalten hätten und dass sämtliche Bürger Badens gegen die Beschlüsse und Gesetze der bestehenden Ständeversammlung Verwahrung einlegen sollten.

<sup>78</sup> Ebd., Blatt 15.

<sup>79</sup> Am 5. April trafen sich in Heidelberg 51 liberale und demokratische Politiker aus dem Rheinland, um über die Kompetenz der geplanten Nationalversammlung und über die Gestalt der künftigen Reichsverfassung zu diskutieren. Man verabschiedete eine gemeinsame Erklärung, in welcher man sich für das Prinzip von Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmungsrecht aller Nationen bekannte. Zudem wurde eine Siebener-Kommission gebildet, welche das Vorparlament organisieren sollte.

<sup>80</sup> BOTZENHART (wie Anm. 51), S. 91 ff.

ringschätzung, mit welcher der deutsche Name im Auslande behandelt wird, und wie es nun im verflossenen Jahre die besten Männer wählte, die es zu haben glaubte, und sandte sie nach Frankfurt, sie möchten in Gemeinschaft mit den Regierungen wieder eine Einheit schaffen und sollten dem Deutschen wieder ein gemeinsames Vaterland geben und sollten den deutschen Namen wieder zu Ehren bringen über die Gränzen hinaus und jenseits der Meere, und stelle mir vor, wie alle Hoffnungen so nach Frankfurt schauten und edle Männer den Wünschen der Nation auch dort einen heiligen Nachdruck verlieren – siehst Du, dann war ich wohl ein großer Freund der Frankfurter Versammlung. Sehe ich aber nun, was aus dieser Versammlung geworden, sehe ich, wie sie geendet und durch wessen Schuld sie so geendet, denke ich daran, wie alle edlen Männer sie allmählich verließen und wie das Werk, das geschaffen werden sollte, verstümmelt und entheiligt ward von den Feinden des Vaterlands in ihrem eigenen Schoße, und erinnere ich mich, welche Leidenschaften dort offen und im Verborgenen gespielt und welches Ziel diejenigen verfolgten, welche bis zuletzt noch beisammen blieben: – nun, in Wahrheit, dann kann ich kein Freund mehr der Frankfurter Versammlung sein.<sup>81</sup>

Mit der Bildung der Nationalversammlung gingen zunächst große Hoffnungen auf einen grundlegenden Wandel Deutschlands hin zu einem demokratischen Nationalstaat einher.<sup>82</sup> Die Absage Österreichs an einen gemeinsamen großdeutschen Staat und die Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. führten schließlich dazu, dass die hochgesteckten Erwartungen in die Nationalversammlung unerfüllt bleiben mussten. Sie gipfelten darin, dass sich die Nationalversammlung aufzulösen begann, bis schließlich ein Rest, hauptsächlich aus den Linken bestehend, als Rumpfparlament nach Stuttgart zog. All dies bewirkte ein sinkendes Ansehen der Nationalversammlung in der Bevölkerung.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Schuldzuweisung für das Scheitern der Nationalversammlung. Im eben zitierten Flugblatt wurde die Nationalversammlung selbst für ihr Scheitern verantwortlich gemacht. Besonders die Linken wurden beschuldigt, weil sie insgeheim für die Republik eintraten und Unruhe im Volke stifteten:

**Paul:** *Durch wessen Schuld meinst Du denn, hat die Nationalversammlung so traurig geendet? Sind es nicht die Fürsten gewesen, welche das große Einigungswerk gestört haben.*

**Werner:** *Ihren Theil mögen sie auch daran haben, aber die Hauptsache lag doch an der Versammlung selbst. Zunächst war es wohl eine Überhebung, daß sie glaubten, ihnen stände das letzte Wort zu, auch wenn die Fürsten anderer Meinung wären, und müssten dann mit Gewalt die Sache durchsetzen. Nun konnten aber die Fürsten so unbedingt nicht zustimmen, wenn sie sahen, wer alles daran mitgearbeitet. Denn die von der Linken hätten wohl am liebsten gleich die Republik eingeführt, d. h. die Fürsten abgesetzt, und sich und ihre Freunde an deren Stelle gebracht. Da ihnen dies nun nicht gelang, und diejenige Parthei in Frankfurt die Oberhand behielt, welche noch in alter Treue an den Fürsten hing, und die gern wieder einen Kaiser an der Spitze von Deutschland gesehen hätten, wie ehemals, da richteten sie das Kaiserthum wenigstens so zu, daß Einer sich wohl hüten musste, die Krone anzunehmen, und wenn er sie annahm, mochte er sehen, wie er enden würde.*

**Paul:** *Ja, was die im Schilde führten, das haben wir jetzt in Sachsen, in der Pfalz und in Baden so recht gesehen ... Damit war, denke ich, der Schleier ihrer Absichten hinlänglich gerissen.*

**Werner:** *Ja, das will ich meinen ... Sie wollten nicht ein blühendes deutsches Reich, sondern sie wollten ein neues Reich der Demokratie stiften, in dem sie und ihre Freunde herrschten, d. h. eine Weile alles drunter und drüber gehen sollte.<sup>83</sup>*

Damit nahm der Verfasser des Flugblattes Vorurteile auf, die den demokratischen Linken von liberaler und konservativer Seite immer wieder gemacht wurden, nämlich, dass die linken Abgeordneten versteckte Umstürzler und Demagogen seien, die das Ziel einer Reichsverfassung sabotierten, beziehungsweise sabotiert hätten, um die Republik auf gewaltsame Weise einführen zu können.<sup>84</sup>

<sup>81</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 201.

<sup>82</sup> RIBHEGGE (wie Anm. 53), S. 146.

<sup>83</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 201.

<sup>84</sup> Vgl. ebd., Blatt 208. *Die Einen (Republikaner, d. V.) nämlich sehen in dieser Verfassung ein Haupthindernis der Durchführung ihrer republikanischen Ideen. Sie fürchten die aus dieser Verfassung hervorgehende starke Centralgewalt, welche wiederkehrende Aufstände mit Energie unterdrücken werde.*

Aber nicht nur die Arbeit im Allgemeinen wurde bemängelt, sondern auch einzelne parlamentarische Beschlüsse und taktische Schachzüge einzelner Fraktionen. So kritisierten der Vaterländische Verein in Freiburg und die Katholiken Badens die Kaiserwahl durch die Nationalversammlung und erhoben in Form einer Adresse Einspruch.<sup>85</sup> Oder es wurde in einem Flugblatt der deutschen Demokraten gegen die Verzögerungstaktik der Rechten protestiert, die am 26. Juni 1848 bei der Abstimmung über die provisorische Vollzugs- oder Reichsgewalt neue Anträge einbrachten, was zu einer Verschiebung der Abstimmung auf den 28. Juni führte.<sup>86</sup>

Nicht alle Flugblätter, die im Zusammenhang mit den verschiedenen parlamentarischen Vertretungen entstanden, enthielten Kritik. Es gab auch Unterstützungsbekundungen: In einer Adresse der Bürgerschaft von Karlsruhe wurde sowohl der Zweiten Kammer der Ständeversammlung das Vertrauen ausgesprochen als auch alle aufgerufen, an der Verfassung festzuhalten und die Gesetze zu respektieren.<sup>87</sup>

## 4.5. Die Darstellung wichtiger Personen und Ereignisse der Revolution

### 4.5.1 Friedrich Hecker

Neben den politischen Diskursen der damaligen Zeit fanden in den Flugschriften auch wichtige Ereignisse und Personen ihren Niederschlag, die von verschiedener Seite kommentiert wurden.

Friedrich Hecker war einer der Protagonisten der Revolution. Er wurde zur Zielscheibe von Flugschriften, Karikaturen und anderen Medien.<sup>88</sup> Hecker war Rechtsanwalt und vertrat als demokratischer Abgeordneter der 2. Badischen Kammer entschieden den Liberalismus und die nationale Einigung. 1847 leitete er mit Gustav Struve die Offenburger Versammlung der badischen Liberalen und Demokraten, auf der unter anderem die Aufhebung der Karlsbader Beschlüsse und die Bildung einer deutschen Republik gefordert wurden. 1848 rief er zum bewaffneten Aufstand auf und versuchte mit einem Freischarenzug nach Karlsruhe zu gelangen. Als der Aufstand niedergeschlagen wurde, floh Hecker zunächst in die Schweiz, von wo er 1849 nach Amerika reiste. 1848 wurde er zwar zum Mitglied der deutschen Nationalversammlung gewählt, die Übernahme des Mandats wurde ihm jedoch wegen der Teilnahme an hochverräterischen Aktivitäten verweigert.<sup>89</sup>

Carl Christian Gottfried Nadlers *Guckkastenlied vom großen Hecker* berichtete persiflierend über Heckers Taten in Baden (Abb. 3). Aber auch Hecker selbst wurde beschrieben, wie die folgende Strophe zeigt:

*Seht, da steht der große Hecker,  
Eine Feder auf dem Hut,  
Seht, da steht der Volkserwecker,  
Lechzend nach Tyrannenblut;  
Wasserstiefel, dicke Sohlen,  
Säbel trägt er und Pistolen,  
Und zum Peter<sup>90</sup> sagt er:*

<sup>85</sup> Vgl. ebd., Blätter 199 und 203.

<sup>86</sup> Vgl. ebd., Blatt 127.

<sup>87</sup> Vgl. ebd., Blatt 50.

<sup>88</sup> So gab es Anstecknadeln, Pfeifenköpfe und andere Gegenstände des täglichen Gebrauches mit dem Bildnis Heckers und Struves. Vgl. 1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden. Katalog zur Landesausstellung im Karlsruher Schloß vom 28.2.1998-2.8.1998. Hg. vom Badischen Landesmuseum Karlsruhe. Baden-Baden 1998, S. 340 ff. und 362 ff.

<sup>89</sup> HEINRICH RAAB: Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg. Bearbeitet von ALEXANDER MOHR. Stuttgart 1998, S. 354.

<sup>90</sup> Josef Ignaz Peter war ein Freund Heckers und wurde republikanischer Statthalter. Er floh vor den Bundestruppen in die Schweiz, wurde jedoch nach dem Putsch von der badischen Übergangsregierung wieder eingesetzt.

# Das Guckkasten-Lied vom großen Hecker.

(Nach bekannter Melodie zu singen.)

2.  
„Peter“, sprach er, du regiere  
Konstanz und den Bosenfer,  
„Ich zieh' aus und commandeire  
„Niste tapf're Krime;  
Mit Polacken und Franzosen  
Wird der Herwegh zu mir stoßen,  
„Und der sitzt lebendig eh'r,  
„Als daß er ein Hundstott wär.“



3.  
Pflasterer und Schieferbeder,  
Alles, niedrig und hoch,  
Alles jauchzte unserm Hecker,  
Als er aus dem Kampfe zog.  
Handwerksburschen, Alleeaten,  
Lailleurs, Bauern, Advokaten,  
Alles folgte rasch dem Zug,  
Als er seine Trommel schlug.



4.  
Kumbidibum, so hört' man's schagen,  
Kumbidibum Dumbdumbdum;  
Und bei Straß' ließ Weißhaar sagen  
Rings im ganzen Land herum:  
„Thut euch schnell zusammenraffen,  
„Gebt mir Mannschafft, Pferde, Waffen,  
„Oder ich bring' Alles um;  
„Kumbidibum Dumbdumbdum.“



5.  
Durch die Baar that man jetzt wandern,  
Und herach in's Weisenthal,  
Und daselbst stieg man bei Kantern  
Auf Soldaten ohne Zahl.  
Edler Gagern, wack're Hessen,  
Wollt ihr euch mit Hecker messen?  
Gagern, du kommst nicht zurück,  
Wasat doch die Republik!

6.  
Gagern wollt' parlamentiren,  
Doch das ist nicht Hecker's Art;  
„Ich, sprach er, soll retiriren,  
„Ich mit meinem rothen Bart!“  
„Ach! nun hört' man Schüsse knallen,  
General Gagern sah man fallen —  
Und der tapf're Hindeldrey  
Sah zu Pferde auch dabei.“



7.  
Und als Gagern war gefallen,  
Fing man leider auf dem Rhein,  
Zur Bekämmerniß uns Allen,  
Unsern edeln Struwwel ein;  
Man that ihn in Eisen legen,  
Aber von des Hecker's wegen  
Rieß der Oberamtmann Schey  
Den Gefang'nen wieder frei.

1.  
Seht, da steht der große Hecker,  
Eine Feder auf dem Hut,  
Seht, da steht der Volkserwecker,  
Lechzend nach Tyrannenblut!  
Wasserstiefeln, dicke Sohlen,  
Säbeln trägt er und Pistolen,  
Und zum Peter sagte er:  
„Peter sei du Statthalter!“



8.  
Kaiser, Weißhaar, Struwwel, Peter,  
Alle trieb man allbereits  
Gleichsam als wie Liebelthäter  
In die schöne, freie Schweiz.  
Doch der Peter, der kam wieder,  
Legt die Statthalterchaft nieder,  
Denn, sprach er, ich werde alt,  
„Und verliere sonst mein' Gehalt.“



9.  
Hecker, sag, wo bist du, Hecker?  
Legst die Hände in den Schoß?  
Auf nun, du Locomotivredner,  
Jetzt geht es auf Freiburg los.  
Badner, Hessen und Nassauer  
Stehen dorten auf der Lauer.  
Doch wir kommen schon hinein,  
Denn neutral will Freiburg sein.



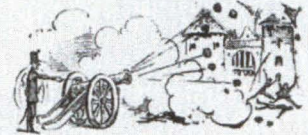
10.  
All die schönen Stadtkanonen,  
Großer Hecker, sie sind dein;  
Und man ladet blaue Bohnen  
Recht Kartätschen schnell hinein.  
Langsdorf will recognosciren,  
Läßt sich auf den Mäntel führen,  
Und guckt durch ein Perspektiv,  
Ob es gut geht oder schief.



11.  
Oben her vom Güntersthalte,  
Hinter Wald und Hecken vor,  
Kam im Sturm mit einem Male,  
Stegel's wildes, tapfres Corps.  
Aber un're Hessenschützen  
Riefen ihre Wägen klagen,  
Und das Corps zog sich zurück,  
Auch war's mit der Republik!



12.  
Dem hinein zu allen Thoren  
Stürmte jetzt das Militär,  
Und die Freischaar war verloren  
Trotz der tapfern Gegenwehr;  
Alle, die sich bidden ließen,  
That das Militär erschießen;  
Alle führer gingen durch,  
Und erobert war Freiburg.



13.  
Doch nun kamen Herwegh's Schaaren,  
Er und seine Frau lam nach,  
Kamen in der Ghaib gefahren  
Auf dem Weg nach Dörsenbach.  
Doch zu ihrem großen Aerger  
Sah man dort die Würtemberger;  
Miller, dieser grobe Schwab,  
Kam von einem Berg herab.



14.  
Hecker's Geist und Schimmelysenntig  
Machten da den Schwaben warm;  
Herwegh sah's, er fuhr einpännig,  
Und es fuhr ihm in den Darm.  
Unter seinem Spritzenleder  
Forcht' er sich vor'm Donnerwetter;  
Geiß hiel es dem Herwegh bei,  
Daß der Hinweg besser sei.

15.  
„Ach, Madamchen, that er sagen,  
„Aus ist's mit der Republik!“  
„Soll ich Narr mein Leben wagen?  
„Nein! für jetzt nur schnell zurück!“  
„Laß für meinen Kopf und sorgen,  
„Komm' ich heut nicht, komm' ich morgen;  
„Ach, wie kniept's mich in den Leib,  
„Wende um, mein liebes Weib!“



16.  
Und Madam hieß ihn vertriehen  
Sich in ihren treuen Schoß,  
Denn er kommt kein Pulver riechen,  
Und es ging erschrecklich los;  
Schimmelysenntig ward erschossen,  
Wunder Senje ward zerbrochen,  
Und erschossen mancher Mann,  
Die ich nicht all nennen kann.



17.  
Also ist's in Baden gungen;  
Was nicht fiel und nicht entfloh,  
Ward vom Militär gefangen,  
Viegt zu Bruchsal auf dem Troß.  
Ich, ein Spielmann bei den Hessen,  
Der kann Baden nicht vergehen,  
Der den Freytag mitgemacht,  
Habe dieses Lied erdacht.

Abb. 3 Carl Christian Gottfried Nadler: Das Guckkastenlied vom großen Hecker (StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 152)



„Peter, sei Du Statthalter!“<sup>91</sup>

Hier wurde in Verbindung mit einer Karikatur das gängige Bild Heckers zitiert, das sich in einer romantischen Erscheinung als Freischarenführer mit schwarzem Schlapphut, Hahnenfeder, Blouson und Umhang und bewaffnet mit Schusswaffen manifestierte. Die Beschreibung Heckers war insofern diffamierend, als dass das übliche Heckerbild dahingehend abgeändert wurde, dass es eher dem Bild eines Räuberhauptmanns glich. Helmut Hartwig und Karl Riha haben in ihrem Buch *Politische Ästhetik und Öffentlichkeit* auf diese Entwicklung hingewiesen.<sup>92</sup>

Neben Hecker wurden auch andere Freischärler aufs Korn genommen. So beschuldigte Nadler die Freischärler, General Gagern meuchlings ermordet zu haben oder nahm das von Jakob Venedey gestreute Gerücht auf, dass Georg Herwegh noch vor dem Kampf unter dem Spritzleder eines von seiner Frau kutschierten Wagens geflohen sei.<sup>93</sup>

„Ach, Madamchen, that er sagen, „Aus ist's mit der Republik! „Soll ich Narr mein Leben wagen? „Nein! Für jetzt nur schnell zurück! „Lass für meinen Kopf uns sorgen, „Komm ich heut nicht, komm ich morgen; „Ach, wie kneipt's mich in den Leib, „Wende um, mein liebes Weib!“	Und Madam hieß ihn verkriechen Sich in ihren treuen Schooß Denn er konnt' kein Pulver riechen, und es ging erschrecklich los; Schimmelpennig ward erstochen Manche Sense ward zerbrochen Und erschossen mancher Mann Die ich nicht all nennen kann. <sup>94</sup>
---	--

Mit solchen Zeilen versuchte Nadler die Revolutionäre der Lächerlichkeit preiszugeben. Bei den Anhängern Heckers machte er sich so verhasst, dass er 1849 beinahe einem Mordanschlag zum Opfer fiel.<sup>95</sup>

Dass Nadler bei seinen Anschuldigungen keineswegs etwas Neues anführte, sondern bekannte Anschuldigungen und Gerüchte aufgriff, zeigte unter anderem eine Gegendarstellung des Offizierskorps des 1. Bataillons, die sich auf mehrere Zeitungsartikel und eine Darstellung Heckers über den Tod Gagerns bezog:

*Mehrere Artikel in öffentlichen Blättern über das Gefecht bei Kandern, aber namentlich die Behauptung, daß von den hessischen Soldaten zuerst geschossen worden sei, veranlasste das Offizierskorps ..., den Zusammenstoß auf der s. g. Scheideck bei Kandern auf Manneswort der Wahrheit getreu zu schildern ...*

*Auf der Scheideck wurde die Hecker'sche Schaar wiederholt von dem Hrn. General v. Gagern zum Ablegen der Waffen in eindringlichen, wohlgemeinten, freundlichen, selbst bittenden Worten aufgefordert ... Der von der Hecker'schen Seite herkommende erste Schuss, glücklicher Weise ein Prellschuss, traf den Hauptmann der Schützenkompanie am linken Arm. Hauptmann Keim und die bei seiner Kompanie stehenden Oberlieutenant Becker und Lieutenant Becker, so wie die zum ersten Halbzug dieser Kompanie gehörenden Unteroffiziere und Schützen sind bereit, dies eidlich zu beschwören. Jeder vernünftige Mensch wird es begreiflich finden, daß diese auf uns abgefeuerten ersten Schüsse ungesäumt von unseren eigenen Soldaten erwidert worden sind.*

*So fiel General von Gagern als Opfer seines Edelmuths und seiner Nachsicht gegen einen in Acht erklärten Feind, schmerzlich betrauert von Allen, die während der kurzen Zeit seiner Wirksamkeit Gelegenheit hatten, die Vorzüge seines Geistes und Herzens hochschätzen und verehren zu lernen.<sup>96</sup>*

Zusätzliche Brisanz bekam der Heckerzug dadurch, dass Hecker vier Monate zuvor einen Eid auf die badische Verfassung geschworen hatte. Ein Flugblatt nahm ihm das übel und beschuldigte ihn, auf den Tod Gagerns Bezug nehmend, als Hochverräter:

<sup>91</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 152.

<sup>92</sup> HELMUT HARTWIG/KARL RIHA: *Politische Ästhetik und Öffentlichkeit*. 1848 im Spaltungsprozeß des öffentlichen Bewusstseins. Steinbach und Wißmar 1974, S. 109.

<sup>93</sup> ELFRIEDE UNDERBERG: *Die Dichtung der ersten deutschen Revolution 1848/49*. Leipzig 1930, S. 268 ff.

<sup>94</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 152.

<sup>95</sup> JOHN MEIER: *Volksliedstudien*. Straßburg 1917, S. 232.

<sup>96</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 115.

*Bürgerblut ist geflossen; von den Tapfern, die die Sache des Gesetzes vertheidigten, sind von der Hand der Aufrührer Manche gefallen. Der edle Gagern, der Held, welcher bei Leipzig und Waterloo für deutsche Freiheit gekämpft hat, er der bestimmt war, als Feldherr das Vaterland gegen fremde Schaaren in dem unausbleiblichen Kriege zu schützen, – Gagern ist von den Kugeln ruchloser Hochverräther durchbohrt! Hochverräther nennen wir sie. – Oder ist es kein Hochverrath, wenn der Volksabgeordnete Hecker den Eid auf die Verfassung vor 4 Monaten geleistet und nun dieselbe Verfassung mit bewaffneter Hand stürzen und zugleich die Soldaten zum Eidesbruch an der kurz vorher auf Heckers Antrag beschworenen Verfassung verleiten will?*<sup>97</sup>

Das Flugblatt war geschickt aufgebaut und versuchte, Hecker mittels einzelner, hervorgehobener Schlagwörter zu demontieren. Dabei bemühte sich der Verfasser des Flugblattes, die Demontage zu verstärken, indem er Gagern mit pathetischen Worten zu einem positiven Antipoden Heckers hochstilisierte.

Die vorhergehenden Textbeispiele täuschen jedoch über die Tatsache hinweg, dass Hecker äußerst populär war. So schrieb Ulrich Otto in seinem Buch *Die historisch-politischen Lieder und Karikaturen des Vormärz und der Revolution von 1848/1849*, dass noch Anfang der 60er-Jahre des 19. Jahrhunderts bei den Schwarzwälder Bauern in der Umgebung von Freiburg zahlreiche Heckerbüsten und Heckerbilder zu finden waren.<sup>98</sup> Es gab auch zahlreiche Lieder, die Hecker positiv bewerteten.<sup>99</sup> Eines davon war das so genannte Heckerlied, eine abgeänderte Variante von Wilhelm Sauerweins Gedicht *Lied der Verfolgten*. Dieses Lied wurde im Jahre 1848 auf Hecker übertragen und existiert in verschiedenen Fassungen:<sup>100</sup>

- |  |  |
|--|--|
| <p>1. Sollte Jemand fragen,<br/>Lebet Hecker noch,<br/>Sollt ihr ihm nur sagen,<br/>Hecker hängt hoch,<br/>Er hängt an keinem Baume,<br/>Er hängt an keinem Strick,<br/>Er hängt nur an dem Träume<br/>Der deutschen Republik!<br/>Und da hängt er ooch!</p> | <p>Knüppelhageldick,<br/>Es lebe hoch die freie,<br/>Die deutsche Republik!<br/>Und das lebt se ooch!</p>  |
| <p>2. Hunderttausend Jahre<br/>Währt die Knechtschaft schon,<br/>Nieder mit die Hunde<br/>Von die Reaktion!<br/>Ferschenblut muss fließen</p>  | <p>3. Gebet nun, ihr Großen,<br/>Euren Purpur her,<br/>das gibt rote Hosen<br/>For der Freiheit Heer,<br/>For der Freiheit Rechte<br/>For der Freiheit Reich:<br/>Mir sein keine Knechte,<br/>Mir sein alle gleich!<br/>Und das sinn mer ooch!<sup>101</sup></p> |

Der Grund für Heckers Popularität lag in seiner markanten Ausstrahlung, in seiner Fähigkeit, mit dem Volk zu verkehren und es, wie John Meier schrieb, „richtig zu nehmen“. Seinen Erfolg als Redner verdankte er „der Wärme und der inneren Echtheit seiner Überzeugung, und sein Idealismus, der zu einem großen Grade unreal und phantastisch war, er war es in der Hauptsache, der ihm die Liebe des Volkes erwarb“.<sup>102</sup>

#### 4.5.2. Gustav Struve

Gustav Struve war neben Hecker einer der führenden badischen Revolutionäre. Nach dem Scheitern des Heckerzuges floh er nach Basel, wo er mit anderen Exilrevolutionären einen

<sup>97</sup> Ebd., Blatt 89.

<sup>98</sup> ULRICH OTTO: *Die historisch-politischen Lieder und Karikaturen des Vormärz und der Revolution von 1848/1849*. Köln 1982, S. 329.

<sup>99</sup> Vgl. ebd., S. 337 ff.

<sup>100</sup> MEIER (wie Anm. 95), S. 225.

<sup>101</sup> Ebd.

<sup>102</sup> Ebd., S. 215.

neuen Aufstand vorbereitet mit dem Ziel, die Nationalversammlung in Frankfurt zu sprengen und eine deutsche Republik zu errichten. Der Umsturz schlug jedoch fehl und Struve wurde gefangen genommen. Bei der zweiten badischen Revolution im Jahre 1849 wurde Struve befreit und für kurze Zeit in die provisorische Regierung Brentanos aufgenommen.<sup>103</sup>

Auch Struve fand Beachtung in Flugschriften und Karikaturen, wenngleich seine Popularität weit weniger groß war als die von Hecker. „Auf die große Masse übte er“, wie Häusser in seinen *Denkwürdigkeiten der badischen Revolution* schrieb, „nicht den Einfluss wie Hecker; seine kalte, monotone, pathetische Beredsamkeit konnte die Gemüther eben so wenig begeistern und fortreißen, als seine Persönlichkeit anzog oder Sympathie erweckte.“<sup>104</sup> Insgesamt waren Persönlichkeit und Aktivitäten Struves eher negativ konnotiert. Diesen negativen Widerhall belegt das Flugblatt *Ein schönes neues Lied von dem weltberühmten Struwwelputsch*, in welchem sich Nadler über Struves misslungenen Putsch im September 1848 lustig machte.<sup>105</sup> Eine wichtige Rolle spielte in diesem Flugblatt, gleich wie beim *Guckkastenlied*, die bildnerische Komponente. Das Flugblatt zeigt Struve ganzfigurig in der Heckertracht an einem Tisch mit Tintenfass und Schreibfeder sitzend mit dem Gewehr zwischen den Beinen und dem Heckerhut vor sich auf dem Boden. Daneben ist ein offener Geldkasten abgebildet, der eine Anspielung auf die von Struve erpressten Gelder darstellen soll.<sup>106</sup> Lustig machte sich das Flugblatt auch über persönliche Eigenschaften Struves. So spielte es mit den Versen *Lebt als Turner frei und frisch,/ Und isst weder Fleisch noch Fisch* auf die Tatsache an, dass Struve überzeugter Vegetarier war und keinerlei alkoholische Getränke zu sich nahm.<sup>107</sup>

Struve war selbst in demokratischen Kreisen nicht unumstritten. Dies lässt ein Flugblatt Brentanos erkennen, in welchem er dem badischen Volk den Grund für sein Verlassen der konstituierenden Versammlung darlegte und sich beklagte, dass Struve ständig gegen ihn intrigiert habe. Am Schluss dieser Flugschrift warnte er vor einer Herrschaft unter Struve und beschuldigte ihn der Machtgier:

*Freilich, das Volk wird sich vor dem Regimente eines Struve bedanken, es wird aber dieses Regiment doch fühlen, und am Grabe der Freiheit, und am Grabe seiner Söhne wird es zu unterscheiden wissen, wer sein Freund war, und wer nur dem Eigennutze und der Herrschaft fröhnte.*<sup>108</sup>

Dieses Flugblatt ist im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen dem revolutionären und dem gemäßigten Flügel des Landesausschusses zu sehen. Die Beschuldigung Struves als eigennütziger und machtgeriger Person hat starken Schlagwortcharakter und ist meines Erachtens ein rhetorisches Mittel Brentanos, um seine Flucht in die Schweiz zu legitimieren.

#### 4.5.3. Das Gefecht bei Kandern

Am 20. April 1848 kam es auf der Passhöhe zwischen Kandern und Steinen zum Gefecht zwischen Freischärlern und Militär. Dabei kam General Gagern von mehreren Kugeln getroffen ums Leben, was dazu führte, dass dem Gefecht eine bedeutende Stellung innerhalb des Heckerzuges zugemessen wurde.<sup>109</sup> Über den Tod Generals von Gagern herrschte Unklarheit. Das führte in der Presse und in Flugschriften zu Spekulationen und Schuldzuweisungen.<sup>110</sup> So

<sup>103</sup> Badisches Landesmuseum Karlsruhe (wie Anm. 88), S. 249 ff.

<sup>104</sup> LUDWIG HÄUSSER: *Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution*. Heidelberg 1851, S. 119.

<sup>105</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 153.

<sup>106</sup> HENKEL (wie Anm. 2), S. 216.

<sup>107</sup> Vgl. dazu OTTO (wie Anm. 98), S. 349.

<sup>108</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 332.

<sup>109</sup> Zum Heckerzug, siehe etwa WOLFGANG VON HIPPEL: *Revolution im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/49*. Stuttgart/Berlin/Köln 1998, S. 152 ff.

<sup>110</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 88.

wurde von einem bestochenen oder übereifrigen badischen Soldaten das Gerücht verbreitet, dass General Gagern von Hecker während einer Unterredung meuchlings ermordet worden sei. Dieses Gerücht wurde von den Gegnern Heckers instrumentalisiert und in Flugschriften und Liedern aufgenommen.<sup>111</sup> In einem von mehreren Bürgern, die dem Heckerzug ablehnend gegenüberstanden, herausgegebenen Flugblatt hieß es beispielsweise:

*Blut ist jetzt geflossen in Baden; das erste Opfer des frevelhaften Bürgerkrieges ist der Führer der Bundesstruppen, ist einer der tüchtigsten Feldherren, ist ein edler Mann geworden, auf den das Vaterland für den Fall des Krieges große Hoffnungen setzte. Und wie ist er gefallen? Nach den bis jetzt einlaufenden Nachrichten lässt sich noch nicht entscheiden, wie nahe die auf Gagern nur zu gut gezielten Schüsse dem Meuchelmord stehen. Aber lässt man dies dahingestellt: welches deutsche Herz, das für die vaterländische Ehre schlägt, ist nicht empört schon darüber, daß es dahin kommen konnte!*<sup>112</sup>

Den Freischärlern wurde also unterstellt, Gagern bewusst erschossen zu haben. Rhetorisch geschickt wurde Gagern als großer Feldherr dargestellt, dessen Verlust für ganz Deutschland schmerzhaft sei. Mit der Taktik einer überschwänglichen und positiven Bewertung der Person Gagerns sollten die Freischärler demontiert und die Frevelhaftigkeit der Tat unterstrichen werden. Dagegen wehrte sich Hecker in einem Flugblatt, in welchem er seine Sicht der Dinge darlegte:<sup>113</sup>

*Zu den schlechten Mitteln monarchischer Reaktion, welche sich nicht entblödet, die aus Begeisterung für Volk und Volksfreiheit geschehene republikanische Schilderhebung auf das Nichtswürdigste zu verleumden, jener Reaktion, die nur den niederen Leidenschaften des Eigennutzes, der Furcht und Aufopferungs-Unfähigkeit schmeichelt – zu jenen schlechten Mitteln gehört vor allem die boshafte und schändliche Erdichtung, als sei General Gagern meuchlings gefallen. – Wiederholt erzähle ich den Hergang, wie er sich wirklich zugetragen hat, und appelliere an die Ehrenhaftigkeit der Augenzeugen, an die Ehrenhaftigkeit, welche ein Feind dem andern schuldig ist, damit sie die Wahrheit meiner Behauptung bestätigen ... Ich stand bei einem Fähnlein am Berge, als mir zugerufen wurde, Gagern wünsche mich zu sprechen ... Ich stieg den Weg herab, begleitet von mehreren republikanischen Anführern, und traf mit Gagern auf der Mitte einer vor der Stadt Kandern befindlichen Brücke beisammen, wo er mich anredete. „Sie, d. h. die Republikaner müssen die Waffen niederlegen“, was ich natürlich ablehnte ... Damit hatte das Parlamentieren und der erste Akt der Handlung ein Ende. – Wir verließen nun unsere Position vor Kandern, sammelten unsere Korps auf der Straße und marschierten vorwärts bergauf ... In einiger Entfernung marschierten uns die Linientruppen, die Hessen voran nach ... Als die uns nachrückende Linie sah, daß wir Halt machten, hielt sie ebenfalls an ... Die Gegner standen so, daß das hessische Fußvolk voranstand, wie man denn wohlweislich stets vermieden hatte, uns badische Truppen gegenüberzustellen. Die Republikaner empfingen nun diese mit einem Zuruf, schwenkten die Mützen oder Hüte, riefen: „Kein Bürgerblut vergießen, Ihr seid unsere Brüder, es lebe die Freiheit, tretet in unsere Reihen“ ... Schon traten aus den vordersten Reihen der Hessen 8 – 10 Soldaten vor, offenbar in der Absicht friedlicher Begegnung. Als dies bemerkt wurde, ritt Gagern vor, einer oder mehrere Unteroffiziere begaben sich ebenfalls vor. Die Soldaten traten in die Reihen zurück, nachdem er ihnen etwas zugesagt hatte; Feuer wurde kommandiert ... Erst nachdem nun Gager'scher Seits gefeuert worden, feuerten unsere Leute, es fiel Gagern, und fast gleichzeitig mit ihm fielen noch andere, verwundet oder todt, das konnte ich nicht unterscheiden. Es ist also eine wahre Schändlichkeit, behaupten zu wollen, Gagern sei beim Parlamentieren erschossen worden, und kein Ehrenmann, mag er auch mein politischer Feind sein, wird je glauben, daß Republikaner, daß ich fähig sei, einen Meuchelmord auch nur durch Zusehen zu gestatten.“<sup>114</sup>*

<sup>111</sup> Vgl. das Guckkastenlied vom großen Hecker, Strophen 5 und 6, StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 152. Vgl. *Das Treffen bei Kandern*. Es handelte sich dabei um ein altes Spottlied auf Napoleon, welches auf Hecker übertragen worden war, MEIER (wie Anm. 95), S. 237 f.

<sup>112</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 99a.

<sup>113</sup> Vgl. dazu den Bericht des Freischärlers Theodor Mögling, der in vielen Punkten mit der Version Heckers übereinstimmte, THEODOR MÖGLING: Erlebnisse während der ersten Schilderhebung der deutschen Republikaner im April 1848, zitiert nach: Eduard Kaiser. Praktischer Arzt in Lörrach „ein Politiker mit durchdringendem Verstand“ und andere Autoren berichten über die Badische Revolution. Hg. von SIEGFRIED BÜHLER. Blansingen und Kirchen 1997, S. 121 f.

<sup>114</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 115.

Die zitierten Textausschnitte zeigen, dass vor allem von regierungsfreundlicher Seite versucht wurde, den Tod General Gagerns zu ihren Gunsten nutzbar zu machen. Über die Motive zu diesem propagandistischen Schritt kann jedoch nur spekuliert werden. Meines Erachtens handelt es sich um einen Versuch, den Rückhalt Heckers und der übrigen Freischärler abzubauen, welcher besonders in Teilen der ländlichen Bevölkerung verankert war.

#### 4.5.4. Der Struveputsch

Der bereits am Aprilaufstand maßgeblich beteiligte Gustav Struve überschritt am 21. September 1848 aus dem Schweizer Exil kommend die deutsch-schweizerische Grenze und begab sich mit einer kleinen Zahl von Gesinnungsgenossen nach Lörrach. Vor dem Fenster des dortigen Rathauses verkündete er vor großem Publikum die Republik und befahl allen waffenfähigen Männern der umliegenden Orte unter Androhung von Sanktionen, sich in Lörrach zu sammeln. Mit seiner etwa 8.000 bis 10.000 Mann umfassenden Schar erreichte er am Abend des 23. September Müllheim, von wo er tags darauf nach Staufen weiterzog.<sup>115</sup> Um die erwartete Heranführung von Regierungsmilitär zu verzögern, zerstörten Anhänger der Revolution in den Nächten zwischen dem 22. und 24. September an mehreren Stellen die Eisenbahnlinie. Trotz diesen Bemühungen konnten sie die Soldaten nicht lange aufhalten. Die von Generalleutnant von Hoffmann geführten Truppen schlugen den Aufstand am 24. September 1848 im Gefecht bei Staufen nieder. Struve sowie mehrere seiner Mitstreiter wurden gefangen genommen und Ende März 1849 in einem Schwurgerichtsprozess verurteilt.<sup>116</sup>

Dieses Ereignis fand unmittelbar, aber auch später, sowohl in der Presse als auch in Flugschriften seinen Niederschlag. So beschäftigte sich auf spöttische Art etwa Nadler in seinem Lied über Struve mit dem Ablauf des Struveputsches (Abb. 4).<sup>117</sup> Nadlers Kritik am Struveputsch äußert sich durch Spott und durch die Benennung einzelner Details, die Struve und seine Frau Amalie in einem ungünstigen Licht erscheinen lassen. So bezichtigte Nadler Struve der Geldgier und Amalie unterstellte er einen Hang zum Luxus. In seiner Darstellung saß sie in einer gestohlenen Kutsche und war mit einer Goldkette und einem Augenglas ausgestattet. Ernster hingegen behandelte ein anderes Flugblatt den Struveputsch. In einer Bekanntmachung der großherzoglichen Regierung des Oberrheinkreises wurde die Bevölkerung in knapper Weise über den Struveputsch informiert und alle Staats- und Gemeindebehörden aufgefordert, Widerstand zu leisten.<sup>118</sup> Diese Flugschrift war in sachlichem Stil abgefasst und hatte in erster Linie informative Funktion. Dabei wurde jedoch die Tatsache betont, dass Struve und seine Genossen sich der Gemeindekassen bemächtigt hatten. Dies war ein Versuch, Struve nicht als Freiheitskämpfer, sondern als gewöhnlichen Dieb darzustellen.

### 5. Überlegungen über ein mögliches Zielpublikum der Flugschriften

Das Zielpublikum der Flugschriften bestand nicht nur aus gebildeten Schichten, sondern rekrutierte sich aus allen Teilen der Bevölkerung. Dies ist allein schon daraus ersichtlich, dass die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen gezielt angesprochen wurden. So richteten sich Flugschriften an Arbeiter, an Soldaten oder an das gesamte Volk. Daneben gab es aber auch Flugschriften, die sich von ihrem Inhalt her eher an das gebildete Bürgertum richteten.

<sup>115</sup> Siehe dazu auch HIPPEL (wie Anm. 109), S. 252 ff.

<sup>116</sup> Badisches Landesmuseum Karlsruhe (wie Anm. 88), S. 249 ff.

<sup>117</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 153.

<sup>118</sup> Ebd., Blatt 139.

# Ein schönes neues Lied von dem weltberühmten Struwel-Putsch.

1. Ich' halt' dich in dem Arme  
In dem Arme in dem Arm.  
Was ich' dich nur geseh'n  
Wieder den wach' er lach't  
Kriech' herzu, wie ein Kriecher.  
Du Kriecher la mich' sehn.  
Ich' halt' dich nur und dich.  
Und ich' halt' dich und dich.

2. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



3. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



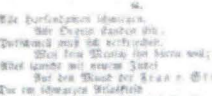
4. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



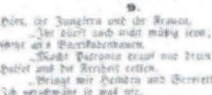
5. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



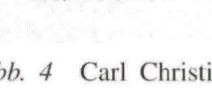
6. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



7. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



8. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



Nach der bekannten neuen Melodie mit Orgelbegleitung eingerichtet.  
Sehr häufig zu lesen und zu singen.



Wäh'n nicht' ich' mich' vor Trauer  
Und zerrufen meinen Mann,  
Weil das Schicksal mir die Schaur-  
liche Nähe noch aufwartet.  
Ich' ich' kann ja gar nicht' weinen,  
Ledenklich' muß' ich' erdichten,  
Reine kalte Sterne schneit' —  
Denn der Herr von Struwel — sagt!



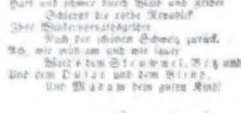
9. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



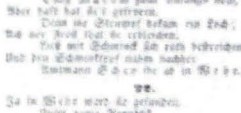
10. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



11. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



12. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



13. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



14. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



15. Ich' halt' dich noch im Arme  
Ich' halt' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.  
Was ich' dich noch im Arme  
Was ich' dich noch im Arme.



Abb. 4 Carl Christian Gottfried Nadler: Ein schönes neues Lied von dem weltberühmten Struwel-Putsch (StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 153)

## 5.1. Flugschriften für die breite Masse

Gewisse Flugschriften der 48er-Revolution erreichten breite Bevölkerungsschichten. Damit dies gelingen konnte, brauchte es verschiedene Voraussetzungen. Ich gehe im Folgenden auf diejenigen Faktoren ein, die meiner Meinung nach die Grundvoraussetzungen waren, dass Flugschriften auch in den unteren Bevölkerungsschichten ein Lesepublikum fanden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war es zu einer Bildungsrevolution gekommen. Die Zahl der Analphabeten sank drastisch, die Leserschaft weitete sich von aristokratischen und bürgerlichen Schichten auf kleinbürgerliche und begüterte ländliche Schichten aus. Tauschwitz nahm mit Blick auf die Zahlen anderer Länder Deutschlands an, dass 1841 die Zahl der Analphabeten in Baden bei unter 9 % gelegen haben müsse.<sup>119</sup> Die Mehrheit der Bevölkerung konnte demnach lesen. Flugschriften wurden oftmals auch vorgelesen. Das Vorlesen fand im öffentlichen und im privaten Rahmen statt und war eine wichtige Form der Inhaltsverbreitung. Diese Distributionsform erlaubte es, dass auch diejenigen Personen vom Inhalt der Flugschriften profitieren konnten, deren Lesefähigkeit nicht oder schlecht ausgebildet war. Zudem verschaffte das Vorlesen jenen Leuten inhaltlichen Zugang, die Flugschriften angesichts ihrer Kaufpreise nicht individuell erwerben konnten.<sup>120</sup> Außerdem wurden bereits im Vormärz Bestrebungen unternommen, mit bestimmten Schreibstrategien weniger gebildete Bevölkerungsschichten zu erreichen. Dies führte zu einer Differenzierung der Inhalte mit einer zusätzlichen Ausrichtung auf die unteren Bevölkerungsschichten, mit dem Ziel, Bauern und pauperisierte Handwerker zu erreichen und deren Politisierung zu beschleunigen.<sup>121</sup>

### 5.1.1. Liturgische Formen

Um untere Volksschichten zu erreichen, wurden besonders gerne liturgische Formen verwendet. Die Verwendung von Bibelsprache, biblischen Bildern und Bibelzitate in Flugschriften bildete den Versuch, eine volksnahe Sprache zu benutzen, da sich die sprachliche Ausbildung der Unterschichten auf der Gebrauchstradition der Bibel in der Schule und in der Kirche begründete.<sup>122</sup>

Eine beliebte Rezeptionsform biblischer Sprache bildete das Aufgreifen von Vaterunser und Zehn Geboten.<sup>123</sup> Im folgenden Beispiel handelte es sich um eine Umformulierung der Zehn Gebote als Aufruf an die Fürsten, sich nicht gegen das eigene Volk zu erheben und sich nicht von schlechten Ministern beraten zu lassen:

1. *Ihr seid die Herren – ihr Fürsten, und sollt keine fremden Herren, keine schlechten Minister, Regierungs- und Polizeiräthe, sondern lauter Männer des Volks neben euch haben.*
2. *Ihr sollt uns unsern Namen nicht missbrauchen – uns nicht hintergehen, nicht, wie die Fürsten bei Leipzig, sondern uns, euer Volk in allen Nöthen anrufen.*
3. *Ihr sollt die Verfassung heilig halten – die Worte eures Volkes hören, und den Weg zu euch nicht verammeln durch Hofschranzen.*
4. *Ihr sollt uns und unsere Väter und Mütter ehren und eure Pflichten als Landesväter gegen uns erfüllen, republikanisch gegen uns sein, damit wir aus Dank monarchisch sein können, und es soll euch gut gehen, so lang ihr lebt auf Erden.*
5. *Ihr sollt nicht töten – weder unsern Geist, noch uns durch Soldaten niederschließen lassen, wenn wir unser Recht, oder, wie die schlesischen Weber, Brot für unsere Kinder begehren.*

<sup>119</sup> Vgl. TAUSCHWITZ (wie Anm. 22), S. 39; ROLF ENGELSING: Analphabetentum und Lektüre. Zur Sozialgeschichte des Lesens in Deutschland zwischen feudaler und industrieller Gesellschaft. Stuttgart 1973, S. 97.

<sup>120</sup> HENKEL (wie Anm. 2), S. 40.

<sup>121</sup> HANS-JOACHIM RUCKHÄBERLE: Flugschriftenliteratur im historischen Umkreis Georg Büchners. Kronberg im Taunus 1975, S. 142 ff.

<sup>122</sup> Ebd., S. 144 ff.

<sup>123</sup> Vgl. StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blätter 24 und 25 (oben). Siehe hierzu auch die Abb. 3 und 4 im ersten Teil des Beitrags in Schau-ins-Land 123, 2004.

6. *Ihr sollt nicht ehebrechen – wie Jene, die sich mit Tänzerinnen u. s. w. abgaben, sondern ihr sollt musterhaft mit euren eigenen Weibern hausen, wie es jedem guten Bürger ziemt.*
7. *Ihr sollt nicht stehlen – nicht durch übertriebene Steuern und Verschwendung besonders an Pensionen und Militärgelalte unser Geld an euch bringen, sondern unser Handel und Gewerbe befördern, uns zu Nahrung und Wohlstand verhelfen.*
8. *Ihr sollt kein falsches Zeugnis geben – uns nicht durch Versprechungen hinhalten, unsere gerechte Forderung bald erfüllen, uns nicht länger durch Vorenthaltungen der Waffen in Ungeduld lassen.*
9. *Ihr sollt euch nicht gelüsten lassen – nach russischen Allianzen; lasst das Erbe eurer Väter, den deutschen Bund, im Stich, damit er in sich selbst zerfalle, und unser Vaterland glorreich hervorgehe.*
10. *Ihr sollt nicht begehren – eures Volkes Hab und Gut, durch Auspfändungen bei schon ohnehin armen Leuten, und es wäre besser, ihr besteuert mehr die Kapitalisten und Zinswucherer, und liebet den Armen Weib und Magd, Ochs, Esel und Alles was sein ist.<sup>124</sup>*

Beim Vergleich mit den Zehn Geboten des Alten Testaments ist festzustellen, dass sich die Version auf dem Flugblatt stark am Original orientiert. So blieben etwa die Originalstruktur und gewisse Schlüsselwörter erhalten. Eingebunden in diese Struktur waren Hinweise auf aktuelle Ereignisse, wie der Aufstand der schlesischen Weber, das Verhältnis König Ludwigs I. von Bayern mit der Tänzerin Lola Montez oder die Gefahr einer russischen Intervention.

### 5.1.2. Didaktische Formen

Neben den religiösen Rezeptionsformen waren auch didaktische Formen eine Möglichkeit, dem Leser auf einfache Art den Inhalt zu übermitteln. Im Flugblatt *Ein deutsches Rechenexempel* wurden beispielsweise sämtliche Ausgaben für alle fürstlichen Familienmitglieder, für die Verwaltung und die Armee aufgelistet, zusammengezählt und den lebensnotwendigen Bedürfnissen des Volkes gegenübergestellt.<sup>125</sup> Diese Auflistung war visuell sichtbar und nahm fast eine Spalte des zweiseitigen Flugblattes ein. Daneben gab es Flugschriften, die politische Inhalte in Form eines ABC oder mittels eines Gespräches zu vermitteln suchten.<sup>126</sup>

### 5.1.3. Lyrische Formen und Karikaturen

Auch lyrische Formen dienten dazu, Leser aus den unteren Bevölkerungsschichten zu gewinnen. Dabei unterschied sich die Lyrik der 48er-Flugschriften nicht grundsätzlich von der des Vormärzes. Sie behielt deren überwiegend pathetischen Tonfall und ihre propagandistische und agitatorische Zielsetzung.<sup>127</sup> Als Beispiel dient ein Gedicht über den mutigen und ehrenvollen Kampf des deutschen Volkes für seine Freiheit:

*So hast du denn die Schlacht geschlagen,  
zu der Dich's lange schon gedrängt,  
Und hast mit männlich kühnem Wagen  
Die Kette, die Dich hielt, gesprengt!  
Hast die Freiheit Dir errungen  
Und stehst nun als Sieger da:  
Den Lorbeer um das Haupt geschlungen,  
Den Lorbeer der Victoria.*

*Nun stehe fest und bleib' im Siege,  
Gerüstet, und die Hand am Schwert;  
Weißt Du ja doch nicht, was die Wiege  
Der neuen Zeit Dir noch beschwehrt. –*

*Und immer höher sollst Du steigen  
Zur Warte, wo der Wächter steht: –  
Und allen Völkern sollst Du zeigen  
Des Volkes hehre Majestät.*

*Steh' männlich da; nicht Herr'n und Knechte,  
Ein einig Volk von Brüdern sei!  
Steh' fest für Deine heil'gen Rechte  
Nicht sei allein, bleib' immer frei.  
Und allen Fürsten sollst Du's sagen:  
Ein Volk, das kühn sein Blut vergießt,  
Der Freiheit Krone zu erjagen,  
**Ein Volk von Gottes Gnaden ist.***

<sup>124</sup> Ebd., Blatt 23a.

<sup>125</sup> Ebd., Blatt 22.

<sup>126</sup> Vgl. WEIGEL (wie Anm. 74), S. 210 sowie StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 401.

<sup>127</sup> WEIGEL (wie Anm. 74), S. 202 ff.



*Und hast Du für Dein Recht zu fechten,  
So thu's mit kühnem Mannesmuth;  
Die Schmeichelrede lass' den Knechten;  
Du gabst dafür Dein Bürgerblut. –*

*Damit die Fürsten es erkennen,  
daß würdig Du und mündig bist:  
Und wie sich auch die Redner nennen  
Des Volkes, – Gottes Stimme ist.<sup>128</sup>*

Im Gegensatz zur Lyrik des Vormärzes bezog sich, gemäß Sigrid Weigel, ein großer Teil der Flugschriftengedichte ironisch oder parodistisch auf Einzelereignisse oder auf politisch wichtige Personen, wobei die thematischen Bezüge sehr konkret und aktuell gehalten waren. Beispiele dafür lassen sich viele finden, sowohl in der Literatur<sup>129</sup> als auch in dem hier untersuchten Quellenkorpus<sup>130</sup>. Die Gedichte in den Flugschriften waren oftmals, wie etwa im *Guckkastenlied vom großen Hecker*, mit Karikaturen versehen, die Bezug auf den Inhalt der Strophen nahmen, sie kommentierten und den schlechten Leser durch die Geschichte führten. Dass Flugblätter mit Gedichten so populär waren, lag vor allem auch daran, dass sie sich besonders gut vortragen ließen. Unterstützt wurde ihre Popularität zudem dadurch, dass die Verfasser dieser Gedichte auf Melodien bekannter Lieder zurückgriffen. So musste etwa der *Pfiffikus von Preußen*<sup>131</sup> nach der Melodie *O du Deutschland ich muss marschieren* gesungen werden.

#### 5.1.4. Ironie als schreibstrategische Maßnahme

Eine schreibstrategische Maßnahme zu Gewinnung unterer Leseschichten war die bewusste Verwendung von ironischer Sprache. Diese zeichnete sich dadurch aus, dass sie in ironischer Weise auf den Bildungs- und Bewusstseinsstand des gemeinen Volkes zurückgriff, um politische Inhalte zu vermitteln. Ein schönes Beispiel für die Verwendung von Ironie stellt das Flugblatt *Die Pfälzer Bauern an den provisorischen Landes-Ausschuss der Volksvereine* dar. Darin wurde die Aufforderung des Landesausschusses der Volksvereine zur Gründung von Volksvereinen kritisch hinterfragt:

*In Eurem Schreiben v. 8. Januar sagt Ihr, „in Frankreich sei die Februarrevolution durch die im ganzen Land bestandenen politischen Clubbs vorbereitet worden; gewiss auch in Deutschland und zunächst in unserem engeren Baden wäre in der ersten Zeit der Bewegung des vergangenen Jahrs ein ganz anderes Ziel erreicht worden, wenn dieselbe Organisation bestanden hätte.“ Was meint Ihr mit dem ganz andern Ziel? Seht, mit uns müsst Ihr deutlich reden, sonst verstehen wir Euch nicht ... Wir, auf dem Lande, sind gewohnt, daß Jeder sagt, wie es ihm um's Herz ist und wenn einer sagt, er sei ein wahrer Volksfreund, so glauben wir ihm und denken, er meint es gut mit uns. Drum ist es nicht recht, wenn man unsere Treuherzigkeit missbraucht und unsere Gutmüthigkeit hintergeht.*

*In Eurem Schreiben v. 3. Februar sagt Ihr: „Schande über den Bürger, der nicht freudig ein Opfer zu bringen vermag, wenn es gilt, die Freiheit und Ehre seines Vaterlandes zu erringen“ Darin sind wir ganz mit Euch einverstanden, und wir werden gewiss nicht die Letzten sein, wenn es gilt. Aber nehmt uns das nicht übel, daß wir soviel fragen, wir wissen eben nicht Alles so gut, als Ihr Städter: Wer bedroht denn die Freiheit und Ehre unseres Vaterlandes? Das sagt Ihr uns nicht. Dagegen heißt es in Eurem Schreiben v. 8. Januar: „Es ist durchaus nöthig, daß einzelne Männer in unserer Sache das Land bereisen, und auf auswärtigen Congressen vertreten und engere Verbindungen anknüpfen. Solchen Männern können wir nicht zumuthen, daß sie auf eigene Kosten Zeit und Mühe opfern. Jeder, der eine Mission, auch die unbedeutendste, zu erfüllen hat, soll eine verhältnismäßige Vergütung aus der allgemeinen Casse erhalten.“ Wie reimt sich aber das zusammen, daß ihr Schande ruft über den Bürger, der nicht Opfer bringt für die Ehre und Freiheit des Vaterlandes und doch sagt, Ihr könnt jenen Männern, die das Land bereisen und Euch auf auswärtigen Congressen vertreten, nicht zumuthen, Zeit und Mühe zu opfern? Nichts für ungut, aber wir meinen, Ihr solltet nicht alleine von uns Opfer fordern, sondern auch von Euren guten Freun-*

<sup>128</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 32.

<sup>129</sup> So etwa in OTTO (wie Anm. 98).

<sup>130</sup> *Der Pfiffikus von Preußen*, StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 205. *Das Guckkastenlied vom großen Hecker*, ebd., Blatt 152. *Ein schönes neues Lied von dem weltberühmten Struwwel-Putsch*, ebd., Blatt 153.

<sup>131</sup> Ebd., Blatt 205.

*den, die ihr auf Reisen schickt, und die vielleicht recht flott leben, und was aufgehen lassen, weil sie denken, es geht aus der allgemeinen Casse.*

*Und nun Gott befohlen! S'ist nicht böß gemeint, daß wir soviel fragen. Lasst's Euch nicht verdrießen, uns bald zu antworten, aber nur recht deutlich, dass unser Eins es auch verstehen kann; und nicht zweideutig, daß der eine es so, der Andere anders versteht, sondern einfach kurz, klar und bündig.<sup>132</sup>*

Das Flugblatt war von Gegnern der Volksvereine unter dem Deckmantel eines Pseudonyms verfasst worden. Dabei sollte das Pseudonym *Pfälzer Bauern* Volkstümlichkeit assoziieren und einen Gegensatz zur Bildungselite der Stadt konstruieren: Einer aus dem Volk sprach zum Volk und brachte die Volksvereine mit auf den ersten Blick naiv wirkenden Fragen in Argumentationszwang. Die ironische Komponente des Flugblattes lag darin, dass es eine Diskrepanz zwischen der gespielten Naivität und den durch die Fragestellung hervorgerufenen Schlussfolgerungen gibt. Damit wurde die Wirkung der Kritik an den Volksvereinen verstärkt.

## 5.2. Flugschriften für das gebildete Bürgertum

Während der 48er-Revolution wurden auch Flugschriften in Umlauf gebracht, die sich spezifisch an das gebildete Bürgertum richteten. Diese Flugschriften setzten einen gewissen Bildungsstand voraus, ihre Sprache war zum Teil argumentativ und deduktiv und inhaltlich beschäftigten sie sich oftmals mit Staatsfragen.<sup>133</sup> Ein schönes Beispiel für solch eine Flugschrift, die für die eher gebildeten Schichten bestimmt war, ist der Wiederabdruck einer Rede, die Bassermann am 16. Februar gehalten hatte. Die Rede, in welcher Bassermann das allgemeine Wahlrecht ablehnte, setzte sich differenziert und ausführlich mit Verfassungsfragen auseinander und bewegte sich in einer juristischen Sphäre. Dadurch setzte sie eine gewisse Bildungsgrundlage voraus, die von einem breiteren Publikum nicht erfüllt werden konnte. Ein weiteres Indiz war ihre Länge. Die Flugschrift war mehrere Seiten lang und forderte gute Lesekenntnisse. Auch inhaltlich war sie eher für das Bürgertum bestimmt, setzte sie sich doch für die bürgerliche Besitzstandswahrung ein, wie der folgende Textausschnitt zeigt:

*Und was lernen jene socialen Theorien, mit welchen Doctrinen wenden sie sich an Die, welche sie Arbeiter nennen? Sie lehren: kein Eigenthum! Sie verwerfen das Erbrecht, ja die Familie selbst heben sie auf ... Wer sich daher ein Besitztum durch Fleiß errungen und seinen Kindern erhalten wissen will, der hat ein Interesse daran, daß die Zukunft seines Vaterlandes durch weise Gesetze gesichert sei.<sup>134</sup>*

Auch die Flugschrift *Über die Erblichkeit der Gewalt* richtete sich eher an ein gebildetes Publikum.<sup>135</sup> Wie die Rede Bassermanns beschäftigte sich diese Flugschrift mit staats- und verfassungspolitischen Fragen, die dem juristischen Diskurs zuzuordnen waren. Auch hier begründete der Verfasser mit ausführlichen Vergleichen seinen Standpunkt und beschränkte sich nicht auf Schlagwörter. Damit war für diese Flugschrift der Kreis von potentiellen Lesern auf ein eher gebildetes Zielpublikum eingegrenzt.

<sup>132</sup> Ebd., Blätter 168 f.

<sup>133</sup> Diese Schlussfolgerung erfolgte einerseits aufgrund des mir vorliegenden Quellenmaterials, andererseits aufgrund von Untersuchungen, die Ruckhäberle für die Zeit des Vormärzes gemacht hatte. Vgl. RUCKHÄBERLE (wie Anm. 121), S. 137 ff.

<sup>134</sup> StadtAF, Dvd 7680 RARA, Teil 1, Blatt 180.

<sup>135</sup> Ebd., Blätter 154 f.